

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
29. Mai 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Scherben. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. III. Von m. — Autorität. Von J. B. — Der sozialdemokratische Frauentag: I. In Deutschland. II. In Österreich. Von Adelheid Popp. III. In Holland. Von Helene Antersmit. — Internationaler Gruß zum Frauentag aus Schweden. — Frauentag — Polizeischmach. Von Emil Unger.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Frauenkonferenz in Döbeln. — Frauenkonferenz für Württemberg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von k. sch. — Vom Bibliothekswesen des Textilarbeiterverbandes. Von H. Kr. — Christliche Organisationen. Von r. r. —
Notizenteil: Dienstoffenerfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Gesetzgebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

Scherben.

Wilhelm II. hat sich auf Korfu vom Regieren erholt, von den „ästhetischen Teekränzchen, Dinern, Soupers, Reisen, Besichtigungen, Feiern aller Art“. Er kam auf der Heimkehr nach Straßburg und erklärte dort bei einem Frühstück elsässisch-lothringischen Volksvertretern: „Wenn das so weiter geht, schlage ich Ihre Verfassung in Scherben. Bisher kennen Sie mich nur von der guten Seite. Sie dürften mich bald auch von einer andern Seite kennen lernen. Jawohl, wenn das nicht anders wird, machen wir aus Elsaß-Lothringen eine preussische Provinz.“

Es ist noch kein Jahr, daß des Kaisers Regierung mit Ach und Krach für Elsaß-Lothringen eine Verfassung zusammengeleimt hat, und schon droht Wilhelm II. diese Verfassung zu zertrümmern. Warum? Weil die Elsaß-Lothringer von dieser Verfassung wirklich Gebrauch zu machen wagten. Wie es ihr gutes Recht ist, hatte die elsässische Kammer den kaiserlichen Gnadenfonds zunächst abgelehnt. Allerdings fiel das Zentrum später um, und der Gnadenfonds wurde doch noch bewilligt. Die Kammer hat weiter einen Abstrich gemacht an dem Fonds der Geheimpolizei, aus dem Spikol und andere Ehrenmänner gespeist werden, auf deren Mitarbeit die Regierung nicht verzichten kann. Endlich sprachen die Abgeordneten der Regierung ihr Mißtrauen aus wegen ihres Verhaltens gegen die Grafenstadener Lokomotivfabrik. Der Leiter dieses Werks, so hieß es, sollte deutschfeindliche Gesinnungen hegen und so hieß es, sollte deutschfeindliche Arbeiter beschäftigen. Die Regierung verlangte kurzerhand seine Entlassung, andernfalls würden der reichsständische und der preussische Fiskus keine Bestellungen mehr bei der Fabrik machen.

Bedeutet die Drohung des Kaisers eine wirkliche Gefahr für die Verfassung Elsaß-Lothringens? Wilhelm II. liebt große Worte, und seine Reden und Erlasse zeichnen sich weniger durch gutes Deutsch, als durch ihre manchmal unglücklich gewählten Bilder aus. Erklärte er nicht schon zu Beginn seiner Regierung: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich.“ Wen hat er zerschmettert? Etwa die Sozialdemokratie?

Sie zählt heute 4 1/4 Millionen Wähler. Oder die Junker, die sich ihm in Preußen entgegenstellten, als es galt den Mittelstandkanal zu schaffen? Nun, die junkerlichen Kanalrebellens sitzen heute in hohen Ämtern, und einer von ihnen zielt Preußen als Postzeiminister. Die Sprache des Kaisers ist also nicht immer wörtlich zu nehmen. Ein elsässischer Reichstagsabgeordneter trat denn auch im Reichstag für mildernde Umstände ein, indem er erklärte: „Als Bewohner eines großen Weinlandes nehmen wir Tischgespräche niemals tragisch.“ Die Verfassung in Elsaß-Lothringen kam ja auch vom Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags und des Bundesrats geändert werden. Es sei denn, Wilhelm II. schritte zum Staatsstreich, bei dem allerdings verschiedenes andere in Scherben gehen würde, als die elsässisch-lothringische Verfassung allein. Doch trotz alledem sind diesmal die Worte des Kaisers ernst zu nehmen. Sie erhalten Bedeutung durch die Hege, die die reaktionäre Presse gegen Elsaß-Lothringen veranstaltet hat, bevor die Tischrede gehalten wurde. Die konservative „Post“, dasselbe Blatt, das im letzten Sommer von „Wilhelm dem Zurückstamen, dem prahlerischen Hasenfuß“ sprach, steht jetzt im Kaiser den starken Mann und jubelt nicht umsonst: „Wir hoffen, daß die Meldung von diesem Kaiserwort keine Ablehnung zu erfahren braucht, . . . und wir würden es im Gegenteil mit aufrichtiger Bemühtung begrüßen, wenn sich der Kaiser tatsächlich in diesem Sinne geäußert.“

Bekanntlich glaubt der Kaiser, nur von seiner eignen Eingebung abhängig zu sein, und hält sich für „ein Instrument des Himmels“. Was aber die Blätter vom Schlege der „Post“, „Täglichen Rundschau“ und „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ schrieben, noch ehe der Kaiser nach Straßburg kam, läßt erkennen, wer diesmal das „Instrument“ gehandhabt hat. Die „Post“ zum Beispiel hatte geschrieben: „Zu retten ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr viel in Elsaß-Lothringen; die einzige Möglichkeit, welche bleibt, ist die eines raschen und entschlossenen Handelns: Aufhebung der Verfassung und Einverleibung des widerspenstigen Landes in den Macht- und Zuchtbereich der preussischen Monarchie!“ Hinter den Worten des Kaisers stehen also diesmal entschlossene Reaktionäre, Junker und industrielle Scharfmacher mit großer materieller und politischer Macht im Staate. Sie wehrten sich von Anfang an dagegen, daß die Elsaß-Lothringer eine freiere Verfassung als die Preußen erhalten sollten. Die Konservativen stimmten im Reichstage gegen die Verfassungsvorlage, und diese wurde nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion durchgedrückt. Bei den rheinisch-westfälischen Industriellen kommt zu ihrem Haß gegen die Verfassung noch der Kampf gegen den Wettbewerb der reichsständischen Industrie. Über die Beschäftigung französisch sprechender Arbeiter regen sich ausgerechnet Junker und Großindustrielle auf, die doch jährlich Hunderttausende fremder Arbeitskräfte ins Land ziehen, um die Löhne ihrer „Vollsgenossen“ zu drücken.

Am unangenehmsten sind des Kaisers Drohworte den Liberalen. Sie zwingen diese schwachrüdigen Herren, entweder den ernstesten Kampf gegen das persönliche Regiment an die

Stelle bloßer Spiegelfechtereien zu setzen oder aber vor aller Augen weiter vor diesem zu Kreuze zu kriechen. Wie undankbar ist doch der Kaiser! Bedingungslos haben die Liberalen soeben erst der Wehrvorlage zugestimmt, und nun mißhandelt Wilhelm II. ihr Lieblingskind, den konstitutionellen Gedanken. Erst wollten sie es gar nicht glauben. Als aber an der bitteren Wahrheit nicht mehr zu zweifeln war, trösteten sie sich damit, der „Kaiser sei wieder falsch unterrichtet“ gewesen. Und sie setzten all ihre Hoffnung auf den besser zu unterrichtenden Kaiser. Sie betonten dabei, daß sie von Anfang an den widerspenstigen Geist gemißbilligt hätten, den die elsass-lothringische Abgeordnetenkommission gegen die Regierung bekundet habe. Die Taten des Landtags waren gewiß nichts weniger als revolutionär. Trotzdem aber brauchte man nicht erst den Kaiser über sie „falsch zu unterrichten“, um den selbstherrlichen Horn herauszubeschwören. Der Absolutismus und die Reaktion sind eben in den letzten Jahren in Deutschland von den Liberalen aller Abfärbungen so verwöhnt worden, daß sie nicht mehr den geringsten Widerspruch vertragen. Und das elende Verhalten des Fortschritts im Reichstag bei der Verhandlung über das Straßburger Kaiserwort muß ja das Selbstherrschertum zu weiteren Übergriffen geradezu herausfordern. Auch der feige Verrat, den die Fortschrittler an sich selbst begingen, indem sie den polizeilichen Ausschluß des Genossen Vorhardt aus dem preussischen Abgeordnetenhaus billigten, kann unmöglich die Achtung der Reaktion vor der Volksvertretung erhöhen.

Die Sozialdemokratie begrüßt jedes Wort und jedes Ereignis, das den Massen unverhüllt das zeigt, was heute Wirklichkeit ist. Sie gibt sich keine Mühe, die Worte des Kaisers milder auszulegen, als sie gemeint sind. Aber ebensowenig fürchtet sie diese Worte. Als vor einem Jahre die Verfassung in den Reichsländern eingeführt wurde, wußte die Sozialdemokratie, daß durch deren Buchstaben die preussische Herrschaft noch lange nicht gebrochen war, die vierzig Jahre lang auf Elsaß-Lothringen gelastet hatte. Solange die Herrschenden in Preußen die Vertreter des Volkes durch Polizei zum Abgeordnetenhaus hinausschleifen lassen können, wird auch die freieste Verfassung in den anderen Bundesstaaten der Arbeiterklasse nicht die Macht verleihen, die Entwicklung im Deutschen Reiche vorwärts zu zwingen. Und es ist nur gut, daß die preussische Reaktion selbst den Kampf über die Grenzen Preußens hinaus trägt. Die Sozialdemokratie jammert am liebsten darüber, daß durch die Worte des Kaisers beleuchtet worden ist, welch zerbrechliches Ding die Heiligkeit der Verfassung eigentlich ist. Sie kann von oben oder von unten zerschmettert werden. Darüber entscheidet die geschichtliche Entwicklung, die sich nicht ohne Scherben vollzieht. Es war der Dichter des Proletariats, der in des „Weltgerichtes Wetter und Flammen“ die Zeit kommen sah, da „die letzte Krone wie Glas zerbricht“. kz.

Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs.

III.

Ein mehr als hundertjähriges Drama findet in unserer Zeit seinen Abschluß. Der letzte Akt spielt sich vor unseren Augen ab. Es ist der Untergang des hausgewerblichen Kleinbetriebs in der Textilindustrie. Die Statistik zeigt darüber nur kalte Zahlen; aber hinter ihnen verbirgt sich eine lange Geschichte von zähem Kampfe und qualvollem Verbluten, von Hunger und Verzweiflung. Wir wollen versuchen, die Tragödie der hausgewerblichen Spinnerei und Weberei in Württemberg mit wenigen Strichen anzudeuten, zum besseren Verständnis der heutigen Entwicklung der Textilindustrie des Landes.

Schon im frühen Mittelalter bildete das hausgewerbliche Spinnen und Weben für die landwirtschaftliche Bevölkerung

Württemberg's wichtige Beschäftigungszweige, von denen in großem Maße ihr Wohlstand abhängig war. Wie im vorigen Artikel dargelegt wurde, überwiegt in der württembergischen Landwirtschaft bei weitem der Zwergbetrieb. Die rein landwirtschaftliche Arbeit nimmt aber nur einen Teil der Zeit und Kraft des Kleinbauern und der Seinen in Anspruch. Sie liefert der Familie nur einen Teil des Lebensbedarfs. Was diese an Wäsche und Kleidung bedurfte, das mußte früher das hausgewerbliche Spinnen und Weben erzeugen, und möglichst darüber hinaus noch ein Mehr, das verkauft werden konnte. Die kleinbäuerliche Wirtschaft lieferte einen sehr großen, wenn nicht den größten Teil des Gespinnstes, das die zünftigen Webermeister in den württembergischen Städten verarbeiteten. Neben dem städtischen Handwerk erzeugte sie auch selbst nicht unbedeutliche Mengen von Geweben. Zumal die gröberen Stoffe, die für den Alltagsgebrauch auf den Markt kamen, waren hausgewerbliche Erzeugnisse der kleinbäuerlichen Familie. Fast in jedem Bauernhause war außer den Spinnrädern auch ein Webstuhl zu finden. Die Rohmaterialien — Flachs, Hanf und Wolle — produzierte der Bauer zum größten Teil selber. Was er davon nicht in der eigenen Wirtschaft verarbeiten konnte und wollte, das brachte er auf den Markt. Der auf den Fildern bei Stuttgart gebaute Flachs galt als der beste in Württemberg. Leinen, später auch Barchent, dazu wollenes Tuch waren das Haupterzeugnis der hausgewerblichen Weberei im Lande. Für die Leinenweberei waren Urach und Blaubeuren, Schorndorf und Stuttgart die wichtigsten Mittelpunkte, wo die Ware zusammenströmte, und von wo aus sie über die Landesgrenzen hinaus in das Reich, sogar über See ging. In Ravensburg, Leinfeldkirch, Wangen, Gmünd, Heidenheim und dem umgebenden Landgebiet blühte die Barchentweberei. Die Stoffe der Ebinger und Göppinger Zeugmacher hatten einen vorzüglichen Ruf. Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert bildeten die Wollgewebe der Calter Zeughandlungskompanie einen Welt Handelsartikel. Um 1780 herum, als die Blütezeit der hausgewerblichen Weberei längst vorbei war, setzte die Uracher Leinenmanufaktur jährlich doch noch über zwei Millionen Ellen Leinwand im Werte von über 600 000 Gulden im Ausland ab.

Der Verfall der einst so blühenden Erwerbszweige begann bereits im siebzehnten Jahrhundert; im achtzehnten Jahrhundert ging es unaufhaltsam herab. Und das gerade in der Zeit, wo das württembergische Volk schwer unter den politischen Verhältnissen zu leiden hatte. Kriege verwüsteten das Land, die in der Hauptsache durch die Eitelkeit und das Geldbedürfnis der regierenden Fürsten heraufbeschworen wurden. Franzosen und Österreicher hausten gleich fürchterlich. Ebenso unbarmherzig wie die einfallenden Feinde plünderten die württembergischen Herzöge das unglückliche Land. Es genügt, einige Namen zu nennen. Karl Alexander (1733 bis 1737) ließ durch seinen Leibjuden Süß Oppenheimer das Land ansaugen, daß die Not des Volkes zum Himmel schrie. Herzog Karl Eugen (1737 bis 1793) schlug durch seine Mätressenwirtschaft, seine Genußsucht und Verschwendung dem Volkswohlstand die tiefsten Wunden. Das Textilgewerbe des Landes litt schwer durch die hohen Zollschranken, die die Nachbarstaaten aufgerichtet hatten. Jedoch als gefährlichster Feind seiner Blüte, ja seiner Existenz erschien der Kapitalismus auf dem Plane. Anfangs noch nicht im Lande selbst, sondern außerhalb seiner Grenzen.

Von seiner ersten Lebensstunde an erweist sich der Kapitalismus als eine international wirkende Macht, die Grenzen und Meere überspringt. Es war die Entwicklung des modernen, fabrikmäßigen Großbetriebs im Textilgewerbe mit seinem Drum und Dran, der in einem unerbittlichen Ringen das altväterliche Spinnen und Weben niederwarf. Der Konkurrenz seiner billigen, massenhaften Produkte konnte dieses nicht standhalten. Der Großbetrieb blies so dem „bäuer-

lichen Hausfleiß" das Lebenslicht aus und zog dem zünftigen Handwerksmeister den „goldenen Boden“ unter den Füßen weg. Die mechanische Spinnmaschine, die „Mulejenny“, wurde erfunden, ihr folgte bald der mechanische Webstuhl. Die bewegende Riesenkraft des Dampfes ward mit der Erfindung der Dampfmaschine der gewerblichen Tätigkeit nutzbar gemacht. In England, namentlich aber auch in Frankreich entstanden große mechanische Spinnereien und Webereien. Ihr Emporblühen wurde gerade in dem erstgenannten Staate durch die Lage an der offenen See begünstigt. Dieser Lage in Verbindung mit anderen Umständen verdankte die junge moderne englische Textilindustrie die verhältnismäßig leichte und schon früh gut organisierte Zufuhr von überseeischer Wolle, besonders aber von Baumwolle, die für die fabrikmäßige Spinnerei und Weberei eine immer größere Bedeutung gewann. Ihr verdankte sie gute Ausführgelegenheit für ihre Erzeugnisse. Hand in Hand mit dem technischen Umschwung vollzog sich auch ein solcher in der Nachfrage nach Gespinnst beziehungsweise nach Rohstoff für die Spinnerei. Die amerikanische Baumwollproduktion nahm einen ungeahnten Aufschwung, die Wollproduktion außerdeutscher und überseeischer Staaten ebenfalls. Der irische und russische Flachsbau wurde dem württembergischen vorgezogen.

Dieser ganze Wandel der Dinge wirkte zusammen, um den württembergischen Geweben den Absatz jenseits der Meere und bald auch im Deutschen Reiche streitig zu machen. Nicht allzu lange, so entstanden im Rheinland und in Sachsen mechanische Spinnereien und Webereien. Die Erzeugnisse des kapitalistischen Großbetriebs entriß dem hausgewerblichen und handwerksmäßigen Spinnen und Weben der württembergischen Bevölkerung einen auswärtigen Markt nach dem anderen. Um 1820 herum bezifferte sich der Bestand der Uracher Leinenmanufaktur nur noch auf 150 000 Gulden jährlich. Auf der Schwäbischen Alb, auf den Fildern saßen an die 50 000 Weber, hungerten und warteten auf bessere Zeiten, die nicht kommen wollten. Schließlich drang die Konkurrenzware im Lande selbst vor. Die englischen Maschinengarne und Gewebe und das Laufiger Tuch wurden allmählich billiger, als dem württembergischen Hausgewerbe das eigene Gespinnst zu stehen kam. Der Weberverdienst sank auf 15 bis 20 Pf. pro Tag nach unserem Gelde. Der Hunger ging um im Lande.

Ein im Jahre 1810 unternommener Versuch mißlang, die mechanische Baumwollspinnerei in Württemberg einzubürgern. Die in dem genannten Jahre in Berg gegründeten Spinnereien gingen wieder ein. Mangel an Kohle, schlechte Verkehrsverbindungen, die übermächtige englische, rheinländische und sächsische Konkurrenz ließen die Bemühungen fehlschlagen. In den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die Not unbeschreiblich. Mehrere hundert Gemeinden des Landes machten bankrott, die Zahl der Konkurse in der Geschäftswelt verdoppelte und verdreifachte sich. 1854 und 1855 wanderten aus Württemberg allein mehr Menschen aus als heute aus dem ganzen Reiche. Nun erst war auch in Württemberg der Boden für die Großindustrie beackert. Der 1853 vollendete Bau der Eisenbahnlinie Bretten-Mühlacker-Stuttgart-Ulm-Friedrichshafen sicherte ihr billige und regelmäßige Zufuhr des Rohmaterials. Der Mangel an Kohle wurde teilweise durch die billige und doch geschulte Arbeitskraft des hungernden Volkes ausgeglichen.

Die Regierung bemühte sich um das Aufkommen moderner Textilbetriebe. Im Jahre 1852 bewog sie den Züricher Großindustriellen Joh. Solivo, mit seinem Neffen Karl Fierz die erste große mechanische Baumwollspinnerei in Württemberg mit 34 000 Spindeln in Unterhausen am Nichtenstein zu errichten. 1853 wurde die Fabrik der Firma G. und A. Leuze in Urach gegründet, 1855 die Wempflinger Fabrik, 1856 die Württembergische Baumwollspinnerei und Weberei in Ehlingen, 1858 die Fabrik in Kuchen-Alttadt, 1864 die Gminder'sche Fabrik in Reutlingen, im gleichen Jahre die Baumwollspinnerei in Wangen i. A., 1865 die

Firma Eisenlohr in Reutlingen usw. Im Jahre 1852 waren in den Spinnereien und Webereien Württembergs erst zwei Dampfmaschinen im Betrieb, 1861 bereits 47 mit 700 Pferdekraften.

Von dieser Zeit an macht der Großbetrieb in der Textilindustrie des Landes rasende Fortschritte. In dem Jahrzehnt 1852/61 schnellte die Gesamtzahl der Spindeln von 37 000 auf 237 000 empor. Im Jahre 1908 zählte man ihrer im ganzen schon 830 000. Und heute verfügen 21 der größeren Betriebe allein, von denen uns Zahlen vorliegen, über 864 984 Spindeln. Der Gesamtverbrauch an Baumwolle beziffert sich auf rund 145 000 Ballen jährlich, der Ballen zu 500 Pfund englisch.

Geradezu unglaublich klingt es, daß sich der einfache Kleinbetrieb — allerdings nur in wenigen Resten — bis zum heutigen Tage erhalten konnte. Noch jetzt gibt es Handweber, die in 15 bis 16stündiger Arbeitszeit täglich ihre 8 bis 9 Ellen Bettzeug herstellen. Frau und Kinder müssen aber dabei mithelfen und etwa zwei Stunden täglich spulen. Die Ware wird in der Regel im Hausierhandel abgesetzt. Der Arbeitsverdienst der Familie beziffert sich auf etwa 70 bis 90 Pf. pro Tag. Wenn es gut geht! So kämpft der Handweber gegen die modernen Riesenbetriebe, gegen die durch Dampf und Elektrizität bewegten Spinnmaschinen, gegen den automatischen Webstuhl, der bei seiner steigenden Leistungsfähigkeit kaum noch der menschlichen Aufsicht bedarf. Ein mechanischer Webstuhl älterer Konstruktion, wie er zum Beispiel in einer Winger Fabrik in Betrieb ist, liefert täglich etwa 100 Meter leichtes Baumwollgewebe, ein anderer 50 Meter Segeltuch, der dritte 30 bis 40 Meter Feuerwehrgurt. Eine einzige Weberin hat diese drei Stühle gleichzeitig zu bedienen. Von den modernen Northropwebstühlen kann ein Arbeiter oder eine Arbeiterin gleichzeitig 20 bis 30 beaufsichtigen!

Einige nähere Angaben mögen die Entwicklung der Textilindustrie beleuchten. Im Jahre 1882 zählte man in Württemberg noch 18 334 Textilbetriebe überhaupt, darunter 12 503 Haupt- und 5771 Nebenbetriebe; im Jahre 1895 war die Zahl der Gesamtbetriebe auf die Hälfte herabgesunken, auf 9513, 1907 wurden ihrer gar nur 3167 verzeichnet, darunter 2817 Hauptbetriebe und 850 Nebenbetriebe. Die Kleinbetriebe haben sich von 10 320 im Jahre 1882 auf 4930 im Jahre 1895 und 1155 im Jahre 1907 vermindert. Die Zahl der Betriebe mit Mitinhabern, Gehilfen oder Motoren ging für die genannten Jahre von 2243 auf 1400 und 1162 zurück. Auch in der Textilindustrie frißt der Große den Kleinen. Der Bericht der Gewerbeinspektion für 1910 zählt an Betrieben mit Motoren oder mindestens 10 Arbeitskräften nur noch 628 auf mit einer Gesamtarbeiterzahl von 52 113. Nach Abzug der 27 Anlagen, in denen Faserstoffe, Tierhaare und Abfälle von Lumpen verarbeitet werden, bleiben noch 601 Betriebe mit 51 358 Arbeitskräften.

In der modernen Textilindustrie herrscht die weibliche Arbeitskraft bei weitem vor. Im Gewerbeinspektionsbericht, der neueres Material bietet, finden wir für 1910 in der Textilindustrie 51 358 Arbeitskräfte verzeichnet, darunter 31 914 Arbeiterinnen. Wohl gemerkt, es beziehen sich diese Angaben nur auf die Betriebe — 601 an der Zahl —, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, weil sie Motorenkraft verwenden oder mindestens 10 Personen beschäftigen. Im Jahre 1882 hatte die Gesamtzahl der Arbeiterinnen in allen Betrieben der Textilindustrie 13 724 betragen, im Jahre 1895 21 599 und 1907 30 561. Die Zahl der Lohnflavinnen in der Textilindustrie steigt also ununterbrochen und rasch an. Nach dem Gewerbeinspektionsbericht für 1910 standen von den weiblichen Arbeitskräften der revisionspflichtigen Betriebe 10 408 im Alter von 16 bis 21 Jahren; 15 932 waren über 21 Jahre alt; 5274 unter 16 bis 14 Jahren; Kinder weiblichen Geschlechts unter 14 Jahren wurden 300 ermittelt. Über die Zahl der verheirateten Frauen enthält der erwähnte Bericht leider keine Angaben. Nach den

Berufs- und Gewerbezahlungen ist die Zahl der verheirateten Frauen in allen Textilbetrieben Württembergs von 2086 im Jahre 1895 auf 5096 im Jahre 1907 gestiegen. Sie hat sich also in dieser Zeit mehr als verdoppelt.

Aber die Entlohnung der Textilarbeiterinnen liegen nur spärliche Nachweise vor. Aus begreiflichen Gründen. Einen Anhaltspunkt zur Beurteilung ihres Verdienstes geben die Berechnungen der Ortskrankenkasse Göppingen, die viele Textilarbeiterinnen zu ihren Mitgliedern zählt. Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen wird dort auf 2,05 M. pro Tag angegeben. Eine Lohnstatistik des Textilarbeiterverbandes, die im zweiten Halbjahr 1910 aufgenommen wurde, berechnet den durchschnittlichen Wochenlohn der Arbeiterin in einer Göppinger Spinnerei auf 14,77 M., den der Weberin auf 14,69 M. und denjenigen der Arbeiterin in der Färberei auf 14,75 M. Die meisten der befragten Arbeiterinnen schaffen im Afford. Dabei ist wohl zu beachten, daß sich an der Statistik nur organisierte Arbeiterinnen beteiligt haben, die erfahrungsgemäß die höher qualifizierten sind und verhältnismäßig bessere Löhne haben. In der Sindelfinger Weberei und anderwärts bleiben die Verdienste der Arbeiterinnen hinter den angegebenen jammervollen Sätzen noch zurück. Von 200 Arbeiterinnen, die 1910 Mitglieder der Ortskrankenkasse Stuttgart wurden, und unter denen sich Spulerinnen, Weberinnen und andere Textilarbeiterinnen befanden, hatten fast die Hälfte, 45 Prozent, einen Wochenverdienst von 9 M. und darunter, und nur 9,5 Prozent verdienten mehr als 12 M. wöchentlich. Das Einkommen war auch für das Alter der größten Leistungsfähigkeit nicht besser. 41 Prozent der betreffenden Arbeiterinnen von 19 bis 25 Jahren mußten sich mit dem Hungerlohn von 9 M. und weniger in der Woche begnügen, nur 10,6 Prozent von ihnen erreichten den Verdienst von 12 M. und darüber. Nach privaten Mitteilungen, an deren Glaubwürdigkeit wir keinen Zweifel haben, sollen in einer Uhinger Textilfabrik es die besten Arbeiterinnen auf 15 bis 16 M. wöchentlich bringen. Doch sind solche Verdienste selten. Wird Ware minderer Qualität hergestellt, so sinkt der Lohn bis auf 6 M. wöchentlich und noch darunter. Dabei wohnt fast in allen Sitten der Textilindustrie ein großer Teil der Arbeiterinnen eine bis anderthalb Stunden von der Arbeitsstätte entfernt und muß diese Strecke täglich zweimal wandern. Der Arbeitstag ist für sie entsprechend 2 bis 3 Stunden länger. Für die anstrengende und aufreibende, teilweise auch ungesunde Arbeit und bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen und Mieten ist also der Verdienst der Textilarbeiterinnen ein erbärmlicher.

Für die Herren Aktionäre und Aufsichtsräte kommen etwas höhere „Entbehrungslöhne“ heraus. Ein paar Zahlen mögen das dartun: Süddeutsche Baumwollspinnerei in Kuchen: Kapital 2 Millionen Mark, Reingewinn 1909/10 920 108 Mark, Dividende (nach reichlichen Abschreibungen, Rückstellungen usw.) 8 Prozent. Reingewinn seit 1905/06 4 397 164 Mark. Württembergische Baumwollspinnerei und Weberei bei Ehlingen a. N.: Kapital 2 304 000 Mark, Reingewinn 1909 396 763 Mark, Dividende 10 Prozent. Gesamtreingewinn seit 1905 2 380 262 Mark. Baumwollspinnerei Wangen i. A. G. u. Kapital 1 Million Mark, Reingewinn 1909/10 132 779 Mark, Dividende 8 Prozent. Gesamtreingewinn seit 1905/06 527 940 Mark. Mechanische Buntweberei Brennet in Stuttgart: Kapital 4 Millionen Mark, Reingewinn 1909/10 528 817 Mark, Dividende nicht veröffentlicht. Gesamtreingewinn in den letzten fünf Jahren 2 417 289 Mark. Vereinigte Filzfabriken in Giengen an der Brenz: als Dividende 1910 verteilt 472 500 Mark, 9 Prozent. Vereinigte Trikolfabriken A. G. in Waiblingen a. Fildern, Filialen in Untertürkheim, Gerrenberg und Plieningen: Kapital 2 300 000 Mark, als Dividende verteilt 116 000 Mark, Stammaktien 4 Prozent,

Vorzugsaktien 7 Prozent. Mechanische Buntweberei vorm. Kolb & Schille A. G. in Kirchheim u. L.: Kapital 1 200 000 Mark, Gewinn 1910 228 588 Mark, Dividende 9 Prozent.

Man sieht, die Arbeit in der Textilindustrie lohnt sich einigermaßen für — die Herren Kapitalisten. Weniger für die in den den Textilfabriken beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, die den goldenen Segen schaffen müssen. Die Löhne sind jedoch offenbar den Textilindustriellen noch nicht niedrig genug. Die gesetzliche Einführung des Zehnstundentags für die Arbeiterinnen wurde in etlichen Betrieben zu Lohnsenkungen ausgenützt. Der Aufsichtsbeamte für den zweiten Gewerbeinspektionsbezirk, Oberamtsbezirk Stuttgart Amt und Böblingen und den Schwarzwaldkreis mit Ausnahme der Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg, schreibt darüber im Jahresbericht für 1910: „Die Einführung des zehnstündigen Höchstarbeitstags für Arbeiterinnen brachte in manchen Betrieben der Arbeiterschaft auch Lohnvermindernungen, so u. a. in Spinnereien und Webereien, die erst im Berichtsjahr von der elfstündigen Arbeitszeit zur zehnstündigen übergegangen und dabei die Affordbähe in der früheren Höhe belassen oder nur unbedeutend erhöht hatten: in solchen Fällen konnten nur besonders tüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihren früheren Affordverdienst kommen, während Durchschnittsarbeiter darunter blieben. In verschiedenen Betrieben wurde auch erhoben, daß im Taglohn beschäftigte Arbeiterinnen dadurch eine Lohneinbuße erlitten, daß ihnen an den Samstagen und Vorabenden der Festtage nicht wie früher der volle Taglohn, sondern nur acht Zehntel desselben bezahlt wurde.“

Die niedrige Entlohnung der Arbeiterinnen zeitigt um so größere Übel, als der ausbeutende Kapitalismus die Arbeit in der Textilindustrie für den weiblichen Organismus nachteilig gestaltet. Es sei nur an die große Staubeentwicklung erinnert, an die mangelhaft oder gänzlich fehlende Ventilation, an ungenügende Schutzvorrichtungen, plötzliche Temperaturschwankungen, die Erschütterungen des Bodens, das lange Stehen usw. Die schlechten Löhne gestatten aber keine Ernährung, die den Körper gegen diese Einflüsse kräftigen könnte. So ist es nicht verwunderlich, daß die Lungentuberkulose in den Kreisen der Textilarbeiterinnen zahllose Opfer fordert und daß bei ihnen erschreckend viel Fehlgeburten vorkommen. Die Säuglingssterblichkeit ist nachgewiesenermaßen in Gebieten der Textilindustrie weit über normal. In einem württembergischen Bezirk dieser Art betrug sie früher bis zu 48 Prozent! Das kann nicht überraschen. Die ausgemergelte Mutter darf meist das Neugeborene weder selbst nähren, noch pflegen. Das Kapital beansprucht ihren Dienst.

Man sieht aus diesen Angaben, wie bitter not den Textilarbeiterinnen die Verbesserung ihrer jammervollen Lohn- und Arbeitsverhältnisse tut. Leider haben noch die wenigsten von ihnen verstanden, daß das unentbehrliche Mittel dazu die gewerkschaftliche Organisation ist. Der Gau Süd des Textilarbeiter- und -arbeiterinnenverbandes, der noch über Württemberg hinausgreift, zählte Ende 1910 erst 3224 Mitglieder, darunter waren nur 1053 weibliche. Noch nicht einmal vier Prozent der Textilarbeiterinnen gehörten ihrer Organisation an! Der ausgedehnte Arbeitstag, der noch durch den oft stundenweiten Weg zwischen Heim und Arbeitsstätte verlängert wird, die elenden Löhne, die dadurch erzwungene ungenügende Ernährung, mit einem Wort: die gesamte elende Lage der Textilarbeiterin erschwert die Organisierung der Lohnflavinnen in den Spinnereien und Webereien. Die armen Frauen, denen das Kapital das letzte Quentchen Arbeitskraft abpreßt, denen die bittere Sorge um das bishen trockene Brot lebenslang nicht von der Seite weicht, sind in ihrer Mehrzahl zu abgeradert und zu zermürbt, als daß sie sich leicht zu energischem Handeln aufraffen könnten. Dazu kommt ein Terrorismus der Unternehmer, der kaum zu überbieten ist. In den meisten Textilbetrieben bedeutet das Bekanntwerden der Zugehörigkeit zur Organisa-

tion die Entlassung. Energischere Arbeiter und Arbeiterinnen werden so lange mit der Hungerpeitsche gezüglich, bis sie müde geworden sind und sich ihren Zwingherren auf Gnade und Ungnade ergeben. Aber trotz alledem müssen stumpfsinnige Ergebung und Schwäche überwunden werden. Hinein in die Gewerkschaft muß die Losung der Textilarbeiterinnen sein, es ist das ein Gebot der Notwehr. Dazu noch eins. Die Gesetzgebung muß weit umfassender und wirksamer wie bisher zugunsten der Textilarbeiterschaft, zumal aber der Arbeiterinnen, eingreifen. An erster Stelle steht da die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, die gerade für die württembergischen Textilarbeiterinnen von der größten Bedeutung ist, die ihnen Zeit und Kraft spart und damit ihre Organisationsfähigkeit steigert. Die Gesetzgebung in jeder Beziehung für den Schutz der Textilarbeiterschaft vorwärts zu drängen, ist dringende Aufgabe der Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten. Das wird um so erfolgreicher geschehen, je mehr unter dem Druck ihres Elends auch die ausgebeuteten und gefnechteten Arbeiterinnen der Textilindustrie erwachen und geschlossen hinter ihre eigenen Interessen treten. Das kapitalistische Jöhl in der Textilindustrie muß zerstört, der Arbeiterschaft hier müssen menschenwürdige Lebensverhältnisse erkämpft werden. Es ist die Pflicht der politisch aufgeklärten Frauen, ihre Schwestern in der Textilindustrie aufzurütteln und ihnen in ihrem harten Kampfe zur Seite zu stehen.

Autorität.

Einen hitzigen Charakter haben dieses Jahr die Erörterungen über die Volksschule im preussischen Abgeordnetenhause angenommen. Unsere Partei hatte als Redner dazu Genossen Vordardt bestimmt. Er bezeichnete das Ziel, das die Erziehung im ganzen öffentlichen Schulwesen verfolgt, als tief unsittlich, weil es bekanntlich darin besteht, den Jöglingen jeden eigenen Willen zu brechen und sie zur willenlosen Unterordnung unter eine fremde Autorität zu bringen. Charaktervolle Menschen haben gerade im Gegenteil einen festen eigenen Willen, und aus freien Stücken tun sie das Rechte und lassen sie das Unrechte — natürlich das, was sie selbst als Recht und Unrecht ansehen. Da die Unterordnung unter die Autorität ein konservativer Parteigrundsatz ist, so sah unser Redner in dem Ziel der öffentlichen Erziehung einen Beweis dafür, daß die Schule zur Verbreitung konservativer Parteilehren benutzt wird. Er bezeichnete deshalb das öffentliche Schulwesen als „konservativ verseucht“.

Die Taktik, mit welcher die Gegner diese Anklagen abzutun suchten, zeugte von einem ungewöhnlichen Raffinement. Sie antworteten nämlich zuerst — gar nicht. Eine ganze Reihe von Rednern kam nach unserem Genossen zu Wort, aber keiner von ihnen ging auch nur mit einer Silbe auf seine Ausführungen ein. Erst volle vier Tage später, bei einer ganz anderen Gelegenheit, hielt es der nationalliberale Pfarrer Gadenberg für angezeigt, die grundsätzlichen Darlegungen des sozialdemokratischen Redners zum Gegenstand seiner Erörterungen zu machen. Als aber nach ihm unser Genosse sich wieder zum Worte meldete, wurde ihm durch Schluß der Debatte die Entgegnung unmöglich gemacht. Zwei Tage darauf versuchte er eine andere Gelegenheit zu benutzen, um seine Erwiderung anzubringen. Da aber erklärte der Präsident, das gehöre nicht „zur Sache“, und ließ dem Genossen durch Beschluß des Dreiklassenhauses das Wort entziehen. Der arme hatte sich nämlich wirklich und wahrhaftig eingebildet, beim Titel „Elementarschulwesen“ könne er über die Elementarschulen reden! So sind diese Sozialdemokraten!

Da die Ausführungen, die Herr Gadenberg über die Autorität bei der Erziehung machte, sehr vernünftig klingen und folglich großen Eindruck zu machen geeignet sind, so dürfte es angezeigt erscheinen, gerade in dem für unsere

Frauen und Mütter bestimmten Blatt sie etwas eingehender unter die Lupe zu nehmen. Hören wir zunächst, nach dem amtlichen Stenogramm, was der Herr Pfarrer gesagt hat:

„Meine Herren, seien wir uns doch darüber klar. Sie wissen es genau so wie ich: ohne Autorität und ohne Unterordnung unter Autoritäten ist überhaupt kein Gemeinschaftsleben denkbar. Weiter: ohne die Beugung unter Autoritäten ist schlechterdings keine Erziehung möglich. Auch Sie können in Ihren Idealen Ihre Jugend nicht erziehen, wenn Sie ihr nicht die Autorität, die Sie als Autorität ansehen, vorhalten und sie unter diese Autorität durch Ihren Unterrichtsbetrieb und Ihre Erziehungsmethoden bringen. Meine Herren, nun werden Sie uns sagen: die Autoritäten sind eben bei Ihnen und bei uns verschieden. Aber ich hoffe, wir einigen uns über gewisse Autoritäten. Sie werden anerkennen müssen, daß die Eltern eine Autorität sind und bleiben müssen für die Kinder; Sie werden anerkennen müssen, daß das erfahrene Alter eine Autorität bleiben muß für die Jugend; Sie werden anerkennen müssen, daß das Gute, das Wahre, das Schöne eine Autorität bleiben muß für alle, für jung und alt. Meine Herren, ich will damit nur ausführen, daß es für die Erziehung und für die Gesellschaftsordnung Autoritäten gibt und daß unter die Autoritäten eine Beugung stattfinden muß.“

So sagte Herr Gadenberg, und wir erkennen gern an, daß er jeden kleinlichen Zanf vermieden, vielmehr den Versuch gemacht hat, in sachlicher Diskussion den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Anschauungen über das Erziehungswesen zu widerlegen. Um einem Mißverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich hervorgehoben, daß er nicht schuld daran war, daß unser Genosse gewaltsam an der Antwort verhindert wurde. Seine Partei hat freilich für diese Unterdrückung der Redefreiheit gestimmt. Doch zur Hauptsache: Können wir auf Herrn Gadenbergs so plausibel klingenden Ausführungen etwas erwidern, und was?

Soweit er „das Gute“, „das Wahre“, „das Schöne“ als ewige Autorität für alle Menschen hingestellt hat, ist die Erwiderung leicht. Wir brauchen nur zu fragen: Was ist denn gut, was ist wahr, was ist schön? Da wird sich sofort herausstellen, daß ein Nationalliberaler eine Menge Dinge für gut, wahr und schön hält, die einem Sozialdemokraten sehr schlecht, falsch und häßlich dünken. Nur ein Beispiel für viele: Als die nationalliberale Partei im Reichstag dem sozialdemokratischen Präsidenten die Zumutung stellte, wider seine Überzeugung zu Hofe zu gehen und ein Kaiserhoch auszubringen, war das gut, wahr und schön? Der Nationalliberale wird das wahrscheinlich finden, der Sozialdemokrat weist es mit Verachtung von sich. Also die Worte gut, wahr und schön drücken keinen bestimmten Begriff aus, jeder denkt sich dabei etwas anderes. Man kann folglich auch nicht diese Begriffe als Autorität für jedermann hinstellen. Und wenn Herr Gadenberg etwa sagen will, er meine natürlich für jeden einzelnen das, was dieser selbst für gut, wahr und schön hält — dann ist er sofort geschlagen. Denn dann geht es doch nicht an, die Kinder unter die Autorität dessen zu beugen, was ein anderer, nämlich der Erzieher, für gut, wahr und schön hält, während die Kinder selbst vielleicht ganz anders darüber empfinden.

Aber wie steht es mit der Autorität der Eltern über die Kinder, der Alten über die Jungen? Wollen wir Sozialdemokraten etwa auch die leugnen? Und wenn wir sie anerkennen, stürzt dann nicht alles zusammen, was wir behauptet haben?

Die Sache ist die: wir leugnen sie und leugnen sie doch auch nicht; wir erkennen an, daß die Kinder sich der Autorität der Eltern beugen sollen, aber wir verlangen zugleich, daß die Eltern sich diese Autorität erwerben müssen. Wir bestreiten ganz entschieden, daß die Eltern einen Anspruch auf Autorität nur deshalb haben, weil sie Eltern sind, und wir verwerfen mit noch größerer Entschiedenheit jeden Zwang zum Schutze oder zur Schaffung solcher Autorität. Freilich, ohne Autorität kann man nicht erziehen, die Eltern so wenig wie die Lehrer. Aber wenn

sich Eltern und Lehrer danach benehmen, dann haben sie ohne weiteres die erforderliche Autorität. Wenn sie es verstehen, das Vertrauen der Kinder zu gewinnen, dann werden sie von den Kindern geachtet und geehrt. Wer es aber nicht versteht, durch seine Leistungen und sein Verhalten sich diese Autorität zu erwerben, der soll die Finger von der Erziehung lassen, der taugt nicht dazu.

Wir bestreiten nicht, daß es auch im bürgerlichen Schulbetrieb viele tüchtige Erzieher gibt, die durch ihr Verhalten und ihre Leistungen sich Autorität zu verschaffen wissen. Im Gegenteil, wir sind sogar der Meinung, daß eine erprießliche Tätigkeit nur auf Grund solcher Autorität möglich ist. Schon der Ausdruck „tüchtige“ Erzieher schließt also in sich, daß diese sich ihre Autorität auf die hervorgehobene Art erworben haben. Lasse man doch nur von dem lächerlichen Wahn, als ob in diesem Punkt ein wesentlicher Unterschied bestände zwischen Kindern und Erwachsenen. Stellen wir uns einen Bildungsverein für Erwachsene vor. Die Erwachsenen kommen zum Beispiel in einen Kursus, um etwas zu lernen. Finden sie dort einen Lehrer, der ihnen — wie man zu sagen pflegt — imponiert, das heißt der ihnen durch seine Leistungen und sein Verhalten das Vertrauen einflößt, daß sie bei ihm etwas lernen können, dann ist seine Autorität sofort vorhanden und fest begründet. Kann er dieses Vertrauen aber nicht erwecken und sucht durch Außerlichkeiten, durch forsches Auftreten, durch Beschwerden beim Vorstand und dergleichen Autorität zu erzwingen, so macht er sich bloß lächerlich. Genau so liegt es bei den Kindern auch. Nur mit dem Unterschied, daß die Erwachsenen einen solchen unbrauchbaren Lehrer schnell beseitigen werden und daß die Kinder das nicht tun können. Von ihnen verlangt der offizielle Unterrichtsbetrieb, daß sie jeden Lehrer ohne weiteres respektieren. Und das hängt damit zusammen, daß sie überhaupt nicht zur Stärkung des eigenen Willens, sondern zur beständigen Unterordnung unter einen fremden Willen erzogen werden sollen.

Es erübrigt sich hiernach wohl, auf die Frage der Autorität im Gemeinschaftsleben der Erwachsenen noch besonders einzugehen. Für sie gilt ganz dasselbe. Ein nabeliegender Beispielpunkt bietet die sozialdemokratische Partei. Wir haben viele Autoritäten in der Partei, und wir brauchen sie. Kein Zusammenleben, kein Zusammenarbeiten wäre möglich ohne solche Autoritäten, und ohne daß sie anerkannt werden, das heißt ohne daß die anderen sich unter sie beugen. Aber ist darunter auch nur eine einzige erzwungene Autorität? Die Frage beantwortet sich von selbst: die Partei hat ja gar keine Zwangsmittel!

Also, Herr Gadenberg hat vollständig recht, ohne Autorität und ohne Unterordnung unter die Autorität ist kein Gemeinschaftsleben denkbar und ist keine Erziehung möglich. Er hat nur ein Wörtchen, ein einziges unscheinbares Wörtchen in unseren Darlegungen übersehen: nicht die Unterordnung an sich verwerfen wir, sondern die willenlose, die unfreiwillige, die erzwungene Unterordnung, die Brechung des eigenen Willens. Autorität muß sein, aber freiwillig muß sie geschehen. Und niemals darf sie so weit gehen, daß der eigene Wille des Untergeordneten völlig ausgeschaltet wird, daß sie in Anechtsseligkeit umschlägt. Wer sich freiwillig der Autorität eines anderen beugt, muß stets in der Lage sein, diesen anderen zu kontrollieren, ob er sein Vertrauen auch dauernd verdient; er muß stets in der Lage sein, dem Übergeordneten die Unterordnung auch wieder zu verweigern.

Das ist aber ungefähr das Gegenteil dessen, was der offizielle Unterricht anstrebt. Er will, daß die Kinder gehorchen ohne Rücksicht auf ihr eigenes Empfinden; denn er will aus ihnen keine freien Menschen machen, sondern Sklaven, die sich gehorsam in die angeblich von Gott eingesetzte Autorität der Bestehenden fügen. Deshalb ist sein oberstes Ziel, den Kindern den eigenen Willen auszutreiben, und deshalb nennen wir ihn tief unsittlich. J. B.

Der sozialdemokratische Frauentag.

I. In Deutschland.

Wird unser Frauentag wohl auch heuer ein Erfolg sein? Das war die Frage, die seit Wochen schon Hunderte und Aberhunderte der Genossinnen und Genossen bewegte, die mit Begeisterung und Verständnis die sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht vorbereiteten. Der glänzende Verlauf des ersten Frauentags hatte ermutigt und vorwärts getrieben. Nun aber ließ er auch die Besorgnis auftauchen, ob ihm dieses Jahr das Gelingen ebenbürtig sein werde. Wie oft kommt es vor, daß die Welle einer Bewegung sich in einem Ansturm stolz erhebt und vorwärts stürzt, um dann ebenso schnell zurückzuweichen und zu verebben. Zu dieser allgemeinen Erwägung gesellten sich noch die besonderen Umstände, unter denen unser zweiter sozialdemokratischer Frauentag stattfand.

Noch lag nicht allzulange der Wahlkampf hinter uns, der Wochen hindurch die Geister in leidenschaftlicher Spannung gehalten und alle lebendigen Kräfte unserer Bewegung in höchstem Maße eingefordert hatte. Der Streit im Ruhrrevier und andere bedeutenden wirtschaftlichen Kämpfe zitterten in großen proletarischen Massen nach. Die Maifeier war kaum vorüber, Pfingsten stand vor der Tür und damit eine Anhäufung der Arbeit für manche Gruppen erwerbstätiger Frauen, zugleich aber auch der stärkere Anreiz für die in den Steinwästen der großen Städte und Industriezentren zusammengepackten Werktätigen, die kurze Sklavenrast des Sonntags zum Ausflug in die draußen lodende Frühlingspracht zu benützen. Die bekannnten Vorgänge im preussischen Dreiklassenparlament machten in den letzten Tagen vor unserer Kundgebung wichtige Protestversammlungen des kämpfenden Proletariats notwendig.

Trotz alledem ist auch der zweite sozialdemokratische Frauentag ein prächtiger Erfolg gewesen, der vollauf die Lebensfähigkeit und Bedeutung dieser Veranstaltung erwiesen hat. Wir sind sogar überzeugt, daß die wirtschaftlichen und politischen Zeitereignisse unbeschadet ihrer Anforderungen an die tätigen Genossinnen und Genossen dem Frauentag zu gute gekommen sind. Indem sie die arbeitenden Massen aufrüttelten, in Atem hielten, eine Betätigung heischten, die die besten Kampfgeistigen des Proletariats wirksam werden ließ, schufen sie eine Luft, in der die Propaganda neuer Ideen gedeiht und die Befürworter dieser Ideen sich naturgemäß leicht sammeln. Es mag sein, daß in manchen großen Städten der Frauentag imposanter ausgefallen wäre, wenn die Kundgebung an einem anderen, früheren Datum stattgefunden hätte. Allein dafür hat dieses offenbar die Veranstaltung in vielen kleineren Provinzorten begünstigt, und hier ist die Forderung des Frauenwahlrechts, ist der Nachweis von der Befreiung des Weibes durch den Sozialismus in Kreise getragen worden, die bisher wenig Interesse und Verständnis für diese Fragen bekundet haben. Das aber allein schon ist ein hochzuschätzender Erfolg. Die Wahl des Datums für unsere Kundgebung ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage und kann jedes Jahr von anderen Umständen beeinflusst werden. Hierfür, wie für das ganze praktische Um und Auf des Frauentags, ist alljährlich erneute Prüfung notwendig, und die Erfahrung wird sich als die beste Lehrmeisterin erweisen.

Jedenfalls ist alles in allem genommen die Beteiligung der Frauen an der Demonstration eine massenhafte gewesen. Und sie hat um so weiter über die Kreise der bereits erweckten und organisierten Proletarierinnen hinausgegriffen, je mehr bei der örtlichen Vorbereitung unseres Tags berücksichtigt worden war, daß diese Kundgebung nicht bloß eine einseitige Sympathieerklärung der Sozialdemokratie für das Recht der Frauen sein soll, sondern der Willensausdruck, die Tat der Frau selbst. Wie die Initiative zu ihr von den Genossinnen ausgegangen ist, so müssen sie auch bei der Durchführung die treibenden Kräfte sein. Sie müssen für ihr Gelingen das reichste Maß von Anregung, Energie, Begeisterung und Arbeit freudig einbringen können, selbstverständlich ohne daß dadurch der Rahmen der organisatorischen Einheit gesprengt wird, aber auch ohne Behinderung durch kleinliche Ängste vor „Sonderaktionen“ und „Eigenbrödeleien“. Die Kundgebung soll es in allem verraten, daß das sozialistische Ideal es ist, das die gebeugten Frauen aufrichtet, das ihnen Einsicht, Kraft und Enthusiasmus verleiht und sie zu stolzen Freiheitskämpferinnen werden läßt. Der Herzschlag sozialistisch fühlender, denkender, wollender Frauen, der in ihr lebendig ist, wird am stärksten in der Seele der Proletarierinnen nachzittern, die ihre Anechtsseligkeit zu hassen beginnen und ihre Auflehnung dawider zu denken wagen.

Daß der Frauentag wirklich allgemein begangen worden ist, auch in Orien, in denen die sozialdemokratische Frauenbewegung noch in den ersten Anfängen steckt, daran fällt ein großer Teil Verdienst dem Parteivorstand und dem Frauenbureau zu. Sie haben es an nachdrücklichen Bemühungen nicht fehlen lassen, die Parteioorganisationen ge-

tade auch dort zur Kundgebung zu veranlassen. Wir haben bereits auf die große agitatorische Bedeutung des Frauentages in solchen Orten hingewiesen. Hier wird dieser Bahnbrecher und Wegbereiter der sozialdemokratischen Frauenbewegung sein, denn er hebt den Mut und Eifer der wenigen organisierten Genossinnen und lenkt die Aufmerksamkeit der erwachenden Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen auf die Sozialdemokratie als auf die Schützerin ihrer Interessen und die Kämpferin für ihr Recht. Neben dem großen und unserer Ansicht nach erweitertem Umfang der Kundgebung fällt jedoch noch einer ihrer Züge besonders auf. Das ist die flammende Begeisterung, mit der die Genossinnen wohl allerwärts sich am Frauentag beteiligt haben. Sie waren von der Bedeutung des Rechts durchdrungen, das sie fordern, und der stolzen Pflicht, im Vordertreffen des Kampfes für ihre Schwestern, für ihre Klasse zu stehen. Als ein Glück und eine Ehre haben sie es empfunden, im Kleinen wie im Großen zum Erfolg der Kundgebung beizutragen, und ihr Empfinden und Wollen hat dieser Glanz und Farbe, Kraft und Schwung gegeben. Die prächtige Stimmung ist zweifelsohne auch wesentlich durch das Bewußtsein gehoben worden, daß die Macht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften tatkräftig die Rechtsforderung des weiblichen Geschlechts stützt, und daß einer Überzeugung und eines Willens mit den Versammelten die sozialdemokratischen Frauen in anderen Ländern ihre Stimme erheben. So war die zündende Kraft des internationalen sozialistischen Gedankens stärker als alle winkenden Freuden des wundervollen Maiensonnens. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, an dieser Stelle alle die Berichte zum Abdruck zu bringen, die dartun, daß in den großen alten Stammsitzen unserer Bewegung wie in weltabgelegenen kleinen Orten im Geist des Sozialismus für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter demonstriert worden ist. Wir müssen uns mit einem gedrängten Gesamtüberblick begnügen.

In Groß-Berlin fanden zusammen 48 Versammlungen statt, davon 14 in der Stadt selbst, 20 im Wahlkreise Teltow-Weeslow und 12 in Niederbarnim. Lange vor Beginn der Veranstaltungen schon veränderte sich in Berlin und seinen Vororten das Straßensbild der in Betracht kommenden Gegenden. In geschlossenen Reihen, mit roten Nelken geschmückt, zogen die organisierten Genossinnen von ihren Bezirkslokalen nach den Versammlungssälen. Die waren rasch besetzt und hier und da überfüllt. Die Polizei hatte sich nicht versagt, durch zahlreiche Beobachtungsposten, raschfahrende Ordnungsmänner und fliegende Wachen auch ihrerseits die Bedeutung des Tags anzuerkennen und vor dem Frauenwahlrecht zu salutieren. Mit einer Ausnahme — am Schönhauser Tor, über die wir an anderer Stelle berichten — hat sie jedoch die Ordnung nicht gestört. Zwar bildeten sich nach Schluß der Versammlungen auch noch anderwärts als dort Trupps der abziehenden Versammlungsteilnehmerinnen. Im Osten wurde die fliegende Polizei gegen einen solchen alarmiert, der sich rasch verstärkte und die Frankfurter Allee heraufzog. Da die Menge jedoch in Nichtenberg auf das Landgebiet übertrat, wo Herr Jagow's wilde, verwegene Macht ein Ende hat, blieb der Polizei die Gelegenheit erspart, sich wie am Schönhauser Tor durch die rasende Brutalität eines Leutnants blamieren zu lassen. Von den Berliner Vororten wiesen namentlich Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg und Nichtenberg imposante Versammlungen auf, von denen einige sich des besonderen Schutzes der hohen Vöblischen erfreuten. In vielen Orten der Provinz Brandenburg fanden ebenfalls bemerkenswerte Veranstaltungen statt.

In 27 stark besuchten Versammlungen wurde im Regierungsbezirk Magdeburg die Forderung vollen Bürgerrechtes für das weibliche Geschlecht erhoben. Im Bezirk Halle demonstrierten die Frauen in 19 Versammlungen; in der Stadt selbst fand eine glänzende Kundgebung der Frauen statt, die sich der gewissenhaftesten Aufmerksamkeit der Polizei erfreute. Höhepunkte der zahlreichen und begeisterten Versammlungen in Thüringen stellten nach den uns zugegangenen Nachrichten die Veranstaltungen in Erfurt und Mühlhausen dar. In der denkwürdigen Münzgerstadt fand die Veranstaltung unter freiem Himmel statt und endete in einer spontanen Straßenkundgebung mit Hochrufen auf das Wahlrecht.

Aus dem Agitationsbezirk Breslau werden nicht weniger als 88 Versammlungen gemeldet, von denen die bedeutendste mit 2000 Teilnehmerinnen in der Stadt selbst stattfand. Der Nordosten Preußens hatte in Königsberg wohl die stärkste Frauenversammlung, in Danzig, Elbing, Heubude und anderen Orten waren noch die Säle überfüllt. Für Groß-Stettin gilt das gleiche von den 9 Versammlungen; viele Veranstaltungen in der Provinz Pommern nahmen einen sehr befriedigenden Verlauf. 7 Versammlungen fanden im Wahlkreis Kiel-Rendsburg statt, von denen die in der Stadt allein gut 1000 Frauen vereinigte. Gleich groß war die Beteiligung der Proletarierinnen an

der Kundgebung in Lübeck. Der Bezirk Hamburg-Altona hatte mehr als 20 eindrucksvolle Versammlungen veranstaltet. In Bremerhaven gelobten über 1200 Frauen, um das Banner des Sozialismus gefahrt, ihr Bürgerrecht zu erobern. Auch in Mecklenburg haben sich die Frauen gerührt: in Schwerin fand zum Beispiel eine gute Versammlung statt. In Bremen und den umliegenden Orten — so besonders in Hemelingen, Lumenthal und Vegesack — bekundeten die Proletarierinnen ihren Willen, das Wahlrecht als Waffe ihres Befreiungskampfes zu nutzen. 7 gut besuchte Frauenversammlungen fanden in dem Herzogtum Oldenburg statt, 16 im Staate Braunschweig. In der Hauptstadt dieses Herrgottsvaterlandes hatten sich die proletarischen Frauen und Männer zu einer imposanten Kundgebung unter freiem Himmel versammelt, der die Polizei die übliche Ehrung erwies. Sie hatte im holden Verein mit dem gesamten Nachtwächterpersonal — ein Symbol! — alle nach dem Schlosse führenden Straßen abgesperrt. Die heimkehrenden Demonstranten wurden durch diese weise Vorsicht zum Zuge zusammengedrängt, der eine Zeitlang die Straßen beherrschte.

Von den vielen Versammlungen im Rheinland und in Westfalen seien die von Köln, Solingen, Elberfeld-Warmen, Bohwinkel, Essen, Crefeld und Düsseldorf besonders hervorgehoben, sie waren gut besucht, ja überfüllt und von größter Begeisterung der Teilnehmerinnen getragen. In letztgenannter Stadt kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Menge und der Polizei. Nach der Versammlung marschierte ein Demonstrationszug vor das Gefängnis, dessen Tore sich an diesem Sonntag für den Genossen Verten wieder öffneten, der seine drei Monate Haft verbüßt hatte. Zu Tausenden zählten die Genossinnen und Genossen, die ihren Vorkämpfer mit Hochrufen begrühten. Ein starkes Polizeiaufgebot suchte die Menge zu zerstreuen, verhaftete blindlings darauf los — so unter anderem eine alte Frau —, und einige Ordnungshüter drangen sogar mit blanker Waffe auf die Angesammelten ein. Nur deren kaltem Mute und fester Disziplin ist es zu verdanken, daß der Polizeisäbel und „Herr Browning“ nicht große blutige Arbeit bekommen haben. Im Wahlkreis Duisburg tagten 10 Versammlungen, und 2 fanden sogar in dem gut katholischen Bezirk von Mörss statt. Die 14 Veranstaltungen im Kreise Hanau erfreuten sich durchweg eines guten Besuchs, ebenso die Veranstaltungen in Frankfurt a. M. und Umgegend. Die Provinz Hannover hatte die bedeutendste Kundgebung für das Frauenwahlrecht in Hannover-Linden. Hier unternahm es ein bürgerlicher Diskussionsredner, die politische Unreife des weiblichen Geschlechts nachzuweisen. Schallendes Gelächter der versammelten Genossinnen quittierte über den Versuch; eine kernige Abfuhr durch den Referenten blieb nicht aus.

Es versteht sich, daß die Kundgebung für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts einen besonders schönen Verlauf in Sachsen nahm, wo das ausbeutende Kapital Hunderttausende erwerbstätiger Proletarierinnen inestet, wo alle bürgerlichen Parteien sich erst jüngst wieder geweigert haben, den Werktätigen uneingeschränktes Bürgerrecht zuzuerkennen. Gut 4000 Frauen demonstrierten allein in 2 überfüllten Versammlungen zu Leipzig; Chemnitz hatte 4 stark besuchte Veranstaltungen; Dresden deren 3. Hier kam es nach Schluß der beiden Versammlungen in der inneren Stadt unvermittelt zu einer Demonstration. Die Masse der Teilnehmerinnen konnte sich nicht im Nu zerstreuen, sie füllte die Straßen in der Nachbarschaft der beiden Versammlungssäle und zog in Gruppen weiter, dem Großen Garten zu. Die vielen Wehlmten wollten jedoch sicherlich nicht für die Maß aufgeboden worden sein. Sie versperrten den Frauen den Zutritt zur Bettinerstraße. Nun ging der Abmarsch die Stiftsstraße entlang dem Freiburger Platz zu. Die Polizei drängte zum zweitenmal vom Wege ab, und als die Frauen in einer anderen Straße ruhig weiter zogen, marschierte sie ordnungsgleich nebenher und nahm zum Ausgleich für ihre Mühe einige Notierungen von „Ruhestörerinnen“ vor. Es scheint, daß die Behörden in Sachsen das „schwache Geschlecht“ immerhin für stärker halten als den alten Naßer Kapitalistenstaat. Von den ungezählten Versammlungen, die sonst noch in Sachsen stattfanden, heben wir die in Bittau, Bückau, Glauchau, Thalheim, Döbeln, Callenberg-Lichtenstein, Rödlitz, Südenheim und Kößgenbroda hervor.

Aus Hessen wird von gelungenen Veranstaltungen für das Frauenwahlrecht in Mainz und Darmstadt berichtet; die Meldungen aus Baden erwähnen besonders die Kundgebung unserer Genossinnen in Mannheim. Von den vielen Versammlungen in Württemberg hatte vor allem die in Göp-

pingen einen glänzenden Verlauf. Zahlreich, gut besucht und wirkungsvoll waren die Versammlungen in Bayern. Ein großes Plakat hatte in München die Frauen zur Feier ihres Tages aufgefordert. Es stellte eine Frau dar, die, Samen auf frischgepflügtes Feld streuend, der aufgehenden Sonne kraftvoll entgegenstreitet. Die Mahnung des Bildes blieb nicht ungehört. In dichten Scharen füllten Frauen die 8 Versammlungssäle. Die Veranstaltung in Nürnberg war wieder ein sehr großer Erfolg. Die dichtgedrängten Teilnehmerinnen hätten am liebsten wie im Vorjahr auf der Straße demonstriert, standen jedoch nach dem Rate ihrer Führer davon ab. In Fürth, Hof und anderwärts noch zeichneten sich die Versammlungen durch Umfang und begeisterte Stimmung aus.

Bei allen Kundgebungen wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Forderung des Frauenwahlrechts findet ihre beste Begründung in der Revolutionierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch den Kapitalismus. Die Leistungen der Frauen in Industrie und Landwirtschaft, im Handel und Verkehrswesen, die Pflichten, die sie erfüllen als Mütter und Hausfrauen, geben ihnen einen berechtigten Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um ihre Interessen selbst schützen und vertreten zu können; sie fordern es ferner, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Verwirklichung des Sozialismus.

Die Versammelten erklären deshalb, daß sie sich zur Erringung des Frauenwahlrechts in die Reihen der Sozialdemokratie stellen wollen und mit Energie und Ausdauer für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlich-rechtlichen und politischen Vertretungskörpern für die über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen.

Die sozialdemokratische Partei ist die einzige politische Partei, die als konsequente Vorkämpferin für das volle Bürgerrecht des Weibes anzusprechen ist.

Ihre wachsende Macht ist die alleinige Gewähr für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft, wodurch auch der Frau erst das volle Menschentum verbürgt wird.

Die Versammelten geloben daher, die Ausbreitung der sozialistischen Anschauungen zu fördern und an der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse unablässig mitzuwirken.

Der vorstehende Bericht gibt nur dürftige Ausschnitte vom Frauentag, die einen Rückschluß auf seine Bedeutung zulassen. Versammlungen haben in Hunderten von Orten stattgefunden, die nicht erwähnt werden konnten. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts im Parlament vertreten wird, so kann sie sich für diese ihre Programmforderung auf die ausdrückliche und erneuerte Willenskundgebung von Hunderttausenden berufen, hinter denen Millionen noch Stummer, aber Erwachender stehen. Denn durch unseren Frauentag ist der Samen der sozialistischen Ideen mit vollen Händen unter die Massen gestreut worden. Nicht allein von der Rednertribüne herab am 12. Mai, vielmehr schon lange vorher durch die eifrige Vorbereitungsarbeit in der Presse und in Versammlungen. Das vom Parteivorstand herausgegebene Flugblatt ist allein von Berlin aus in einer Auflage von 1 1/2 Millionen unter die Massen gegangen, und die großen Parteiorde haben es in vielen Hunderttausenden von Exemplaren nachgedruckt. Artikel des Frauenbureaus und des Arbeiterinnensekretariats haben in der politischen und gewerkschaftlichen Presse Aufklärung über den grundsätzlichen und praktischen Wert des Frauenwahlrechts verbreitet. Die Frauenwahlrechtszeitung der „Gleichheit“ ist in 100 000 Exemplaren, Broschüren zur politischen Aufklärung der Proletarierinnen sind in vielen Zehntausenden verbreitet worden. Seit Wochen haben die tätigen Genossinnen ihre besten Kräfte auf den Erfolg der Kundgebung konzentriert. Solch eine planmäßige Aufklärungsarbeit in ganz bestimmter Richtung kann nicht spurlos an dem Geiste der ausgebeuteten Massen vorübergegangen sein. Die weiteren Kämpfe für die politische Demokratie, für den Sieg des Sozialismus werden das erweisen.

II. In Österreich.

Obwohl der Reiz der Neuheit vorüber war, ist auch der zweite sozialdemokratische Frauentag in Österreich eine gar prächtige Kundgebung für das Frauenwahlrecht geworden. Im ganzen Reiche wurden die Genossinnen wochenlang von der Propaganda für den Frauentag in Anspruch genommen. 800 000 Flugschriften wurden verbreitet und unsere Wahlrechtszeitung

„Frauentag“ war schon nach dem 1. Mai in 25 000 Exemplaren verkauft. Um dem internationalen Charakter des Frauentags Rechnung zu tragen, wurden im „Frauentag“ Beiträge von Genossinnen veröffentlicht, die in der tschechischen, polnischen und slovenischen Frauenbewegung hervorragend tätig sind. In ganz Wien wurden große Plakate angeschlagen, die zur Beteiligung am Frauentag aufforderten. Eine Straßendemonstration war diesmal nicht geplant. Nach der überaus glänzenden Beteiligung im Vorjahr mußten wir uns sagen, daß die Straßendemonstration diesmal schwächer ausfallen würde, da sie keine neue Sache mehr war. Als aber der 12. Mai immer näher rückte, kamen auch die Mitteilungen aus den Bezirken, daß die Genossinnen auf den gemeinsamen Marsch zur Versammlung nicht verzichten wollten. Denn so wie im Vorjahr, wurde wieder nur eine einzige Versammlung am Nachmittag veranstaltet. Im größten Versammlungsort Wiens, dem „Sophienaal“, fand der Wiener Frauentag statt. Die Genossinnen vieler Bezirke kamen mit Fahnen, Bannern und Standarten. Diese wurden dann auf der Rednertribüne aufgestellt und ließen ihre leuchtend-roten Farben über den Saal glänzen. „Gleiches Recht den Frauen“, „Wir fordern das Frauenwahlrecht“, „Zum Wahlrecht das Wahlrecht“, so und ähnlich war es auf den Standarten zu lesen. Die bürgerliche Presse schätzte die Versammlungsteilnehmerinnen auf 6 bis 8 000. Die Versammlung trug einen besonders feierlichen Charakter. Zuerst sangen die Sänger der „Freien Typographie“ das „Frühlingslied“ und das prächtige „Sonntagslied“, das unser Genosse Dr. Renner gedichtet hat. Dann eröffnete Genossin Schlesinger die Veranstaltung mit einer gehaltvollen Ansprache, die die Bedeutung des Tages würdigte. Referentinnen waren die Genossinnen Popp und Borschik. Kurze zustimmende Reden hielten als Vertreter der Partei Genosse Neumann; als Vertreter der Landespartei und der Landtagsfraktion Genosse Palzer, als Gewerkschafter der Abgeordnete Genosse Dames und für die Parlamentsfraktion Genosse Seiz. Genossin Scherer sprach für die polnischen Arbeiterinnen. Auch eine Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung ergriff das Wort: Frau Adele Serber, die ebenfalls die Notwendigkeit des Kampfes ums Wahlrecht hervorhob. Als die Versammlung geschlossen war, fand — trotzdem sie nicht geplant war — eine Demonstration auf der Ringstraße statt. Der Zug formierte sich, die Fahnen wurden geschwenkt und gemeinsam ging es in einem unendlich langen Zug nach der Ringstraße bis zur Hofoper, von wo aus der Abmarsch in die Bezirke erfolgte. Es fehlte nicht das zustimmende Rufen aus der Menge, als ihr durch die Umschriften auf den Standarten der Zweck der Demonstration bekannt wurde. „Recht hobens, die Weiber“, sagte ein alter Mann. „Hätte ich davon gewußt, ich wäre auch mitgegangen“, sagte manche Frau.

In der Umgebung von Wien haben eigene Versammlungen stattgefunden. 17 Referentinnen hatte das Frauenwahlrechtskomitee nach Niederösterreich allein entsendet. Zahlreiche Genossinnen hatten sich als Referentinnen zur Verfügung gestellt. Alle Abgeordneten waren eigens in ihre Wahlkreise gefahren, um in Frauentagsversammlungen zu referieren. In Graz, Linz, Klagenfurt, Brunn, Reichenberg, Teplitz und noch anderen Städten haben große Kundgebungen stattgefunden. Vielsach tagten in der Provinz in größeren Orten zentralisierte Versammlungen für eine ganze Gegend, zu denen die Genossinnen aus den einzelnen Gemeinden marschiert kamen. Eine gleichlautende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen. Adelheid Popp.

III. In Holland.

Der erste internationale sozialdemokratische Frauentag in Holland war ein großer Erfolg. In 20 Städten tagten öffentliche Versammlungen, und alle ohne Unterschied gestalteten sich zu schönen Kundgebungen des ernstesten Willens der Proletarierinnen, ihr wichtigstes Bürgerrecht zu erringen. Dem Beschluß der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Kopenhagen entsprechend hatten die Genossinnen überall die Veranstaltungen sorgfältig vorbereitet. In welcher Weise, das ist bereits in der letzten Woche berichtet worden. In allen Orten waren die Versammlungen überfüllt und von begeistertester Stimmung getragen. Weit über 1 000 Frauen und Männer demonstrierten zusammen in Amsterdam für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen, ohne Unterschied des Geschlechts. In jeder Versammlung begründete eine Genossin und ein Genosse die Forderung des Frauenwahlrechts. Unter großem Beifall gelangte am Schluß eine entsprechende Resolution einstimmig zur Annahme. Die Agitationsnummer der „Proletarische Vrouw“ brachte außer Beiträgen von Genossinnen und Genossen eine ebenso schöne als sinnreiche Zeichnung, die von einer unserer Genossinnen entworfen worden war. Das Blatt ist in 12 000 Exemplaren verbreitet worden, für die holländischen Verhältnisse eine stattliche Anzahl.

Der erste sozialdemokratische Frauentag in Holland hat nicht nur die Sache des allgemeinen Frauenwahlrechts wirksam gefördert. Er ist von Nutzen für die ganze sozialdemokratische Frauenbewegung, für die gesamte Arbeiterpartei geworden. Er hat das Verständnis dafür erhöht, daß das weibliche Geschlecht nur durch den Sozialismus seine volle Befreiung erlangen kann, daß aber auch die Aufklärung und Organisierung der Frauen von größter Wichtigkeit für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Ja, wir wiederholen es, der erste internationale Frauentag in Holland war ein großer Erfolg.

Helene Anterjmit, Amsterdam.

Internationaler Gruß zum Frauentag aus Schweden.

Aus Stockholm lief bei der internationalen Sekretärin der sozialistischen Frauen folgendes Telegramm ein:

Die sozialdemokratischen Männer und Frauen, die in Stockholm zum internationalen Frauentag in einer großen Versammlung vereinigt sind, senden ihren Klassenschwestern im Auslande einen herzlichen Gruß. Hoch das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle Männer und Frauen!

Frauentag — Polizeischmach.

In Berlin haben sich beim diesjährigen Frauentag Vorgänge ereignet, die in der Geschichte der deutschen Frauenbewegung kein Gegenstück finden und die die größte Empörung auslösen müssen. Freudig waren die Berliner Genossinnen zu vielen Tausenden der Aufforderung gefolgt, in Massenversammlungen auf das schreiende Unrecht hinzuweisen, unter dem die deutschen Frauen heute noch leiden, und erneut ihre Gleichberechtigung als Staatsbürgerinnen zu heischen. Begeisterte Kampfesstimmung beherrschte die imposanten Versammlungen. Die Berliner Polizei, die gerichtsnotorisch eine äußerst unglückliche Hand hat, fügte der wichtigen Kundgebung ein brutales Nachspiel hinzu. Noch jetzt zittert in weiten Kreisen die tiefe Erregung über das Vorgehen eines Polizeileutnants nach.

Was sich am Sonntag am Schönhauser Tor zugetragen hat, übertrifft alles, was bei ähnlichen Gelegenheiten schon dagewesen ist. Ich war bei allen bisherigen Wahlrechtsdemonstrationen Zeuge des Vorgehens der Polizei gegen friedliche Staatsbürger und habe als Berichterstatter in Moabit Tag und Nacht Gelegenheit gehabt, die berüchtigten Ereignisse in nächster Nähe mit anzusehen. Nichts von alledem aber reicht an das, was sich am Frauentag an der genannten Stelle zugetragen hat.

In ihrer bekannnten Revolutionsfurcht hatte die Polizei überall, wo Versammlungen stattfanden, desgleichen in der Schloßgegend und am Brandenburger Tor große Schuhmannsaufgebote postiert. Das Fundament des Polizeistaats erzitterte in seinen Grundfesten, die heilige Ordnung, die segensreiche, war in Gefahr, wenn die Proletarierinnen volles Bürgerrecht forderten.

Als die mit Frauen überfüllte Versammlung in der Brauerei „Königsstadt“ zu Ende war, ergoß sich der Strom der Teilnehmerinnen nach dem Schönhauser Tor hin. Die meisten wollten bei dem herrlichen Frühlingsetter aus der staubigen Steinwüste hinaus ins grüne, blühende Freie. Nichts deutete auf blutige Umsturzgelüste hin. Zu zweien, Arm in Arm oder in losen Gruppen, wandelten die Frauen plaudernd die Straße entlang. Da tauchten, wie aus der Erde gestampft, am Schönhauser Tor eine große Anzahl Polizeimannschaften auf, die sofort einen Kordon über die Straße bildeten. Bei dem lebhaften Sonntagsverkehr mußte das selbstverständlich sofort das größte Aufsehen erregen. Alle Fenster und Häuser öffneten sich, Straßenbahnen und Omnibusse hielten, Fahrende ließen den Kutscher halten, um zu sehen, was los sei. Kurz, die Polizei hatte es, wie immer, mit genialem Geschick verstanden, statt den Verkehr zu regeln und aufrecht zu erhalten, seine Störung herbeizuführen und eine beträchtliche Menschenansammlung zu veranlassen. Die Zuschauer wußten erst nicht, was los war, sie meinten vielleicht, daß die Polizei einen der noch nicht entdeckten Raubmörder abfangen wolle. Als sie die Ursache der strengen „Ordnungsmahregeln“ erkannten, brachen sie in ein homerisches Gelächter aus. Von den Straßenbahnen und Omnibussen, aus den Fenstern und Häusern erschallten humoristische Bemerkungen. Doch mit dem Lachen sollte es bald vorbei sein, dafür sorgte der Herr Leutnant.

Die absperrenden Schutzleute schienen nicht recht zu wissen, wie sie die Ordnung gegen die massenhaft herbeströmenden Frauen „schützen“ sollten, die ebenso höflich wie entschieden erklärten, das Recht zu haben, wie alle anderen friedlichen Passanten, ihre Wege zu gehen. Ein hünenhafter Leutnant dagegen, der die Aufsicht führte, wurde geradezu von einem Wutkoller befallen. Die

rechte Hand am Säbelsnauf, stürzte er sich auf den dichtesten Knäuel und schrie mit glutrotem Kopfe: „Ich fordere Sie auf, auseinanderzugehen. Scheren Sie sich weg!“ usw. Natürlich war das leichter gesagt, wie getan, außerdem sahen die Frauen auch durchaus nicht ein, warum sie sich vorschreiben lassen sollten, wohin sie zu gehen hätten. Der Zorn des Leutnants stieg höher und höher, als der gestrenge Herr sich überzeugen mußte, daß sein Kommando ohne Wirkung blieb. Von allen Seiten stuteten Menschen am Schönhauser Tor zusammen. Die Schutzleute hatten zwar die Frauen zum Teil zerstreut, jedoch nicht verhindern können, daß sie sich sofort wieder zusammenfanden. Der Leutnant gebärdete sich wie rasend. Bald zog er den Säbel halb aus der Scheide und drohte jeden niederzustechen, der ihm nahe käme, obgleich auch nicht ein einziger Mensch daran dachte, den Herrn anzutasten. Einige Herren suchten ihm nur höflich begreiflich zu machen, daß sein Auftreten nicht dem eines Beamten entspreche, der in der StraÙe für Ruhe und Sicherheit zu sorgen habe. Das aber war dem Leutnant zu viel. Wenn sein Kollege Kolb in das preußische Abgeordnetenhaus eindringen und gegen zwei Erwählte des Volkes gewaltsam vorgehen durfte, dann sollte er sich etwa von einem simplen Zivilisten Formen vorschreiben lassen, wie sie unter gesitteten Menschen üblich sind? Wo bliebe da die „Gleichberechtigung“? Der Herr packte mit seinen massigen Fäusten den ersten besten, schleuderte ihn zur Seite, stürzte sich auf den nächsten, ihn ins Gesicht, auf den Kopf, auf die Brust schlagend, um dann in steigender Erregung selbst Frauen zu brutalisieren. Mit seinen beiden geballten Fäusten schlug der riesige Beamte auf friedliche, wehrlose Frauen ein. Ins Gesicht, auf die Brust, in den Nacken, wohin er traf, ließ er seine wuchtigen Schläge niederregnen. Ein einziger, sturmartiger Empörungsschrei gellte über den weiten Platz hin. Wirre Menschenknäuel bildeten sich, mitten drin die hohe Gestalt des Offiziers in Bogerstellung und um sich schlagend. Wir betonen ausdrücklich, daß nur der Offizier schlug. Die Untergebenen bewahrten ihre Besonnenheit, weshalb sie mehrere Male von ihrem wütenden Vorgesetzten gerüffelt wurden. Die widerlichsten Szenen spielten sich ab. An einer Stelle hatte der mutige Leutnant eine jüngere schwächliche Frau niedergebort, und als sie weinend, mit zerrissenen Kleidern, am Boden lag, trat er mit den Füßen nach ihr. Vielleicht wäre es ihr noch schlimmer ergangen, hätten nicht ein paar mitleidige Leute sie unter den Füßen des Herrn Leutnants hervorgezogen.

Es war selbstverständlich, daß nun die Schutzleute des Aufbaus überhaupt nicht Herr wurden. Unter den erbitterten Menschen, die die Vorgänge beobachtet hatten, befanden sich auch Bürgerliche. Zuschauer suchten den Namen des kampfeslustigen Leutnants festzustellen, jedoch vergeblich. Einem Fragesteller lehrte der Beamte brüsk den Rücken, vor den anderen zog er den Degen fast ganz aus der Scheide, überlegte sich jedoch die Sache und schob die Waffe wieder zurück. Wir bezagten einen Schuhmann nach dem Namen seines Vorgesetzten. Er erklärte uns höflich, es würde uns wohl nicht schwer fallen, am nächsten Tage den Namen des Beamten zu ermitteln, der zu dieser Stunde die Aufsicht führte. Die Frauen hatten sich inzwischen auch durch die Faustschläge und Fußtritte des Herrn Leutnants nicht von ihrem beabsichtigten Spaziergang abhalten lassen. Sie hatten sich auf der Stelle wieder gesammelt und waren die Elßasserstraße entlang gezogen. Die übrige Menge zerstreute sich allmählich, in erregtem Tone und mit größter Entrüstung das Auftreten des Leutnants besprechend. Nur ein älterer Mann lief mit blutendem, zerschlagenem Gesicht herum und suchte vergebens den Namen des bogenden Polizeioffiziers festzustellen.

Wie die Polizei in ihrem blindwütigen Eifer für die Sache der Sozialdemokratie schon so oft die wirksamste Agitation gemacht hat, so wird auch das blutige Nachspiel des Frauentags in Berlin für die Forderung des Frauenwahlrechts und die Bestrebungen der Partei überhaupt von Nutzen sein. Aufs neue hat es grell beleuchtet, daß in Preußen-Deutschland die Polizeifaut herrscht und mit Gewaltmaßregeln das Rad der Geschichte zurückdrehen will. Die Bewegung für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts wird trotz alledem zu einer unaufhaltsamen Flut anschwellen, die keine polizeilichen Schikanen und Gewaltmaßregeln zu bändigen vermögen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Ereignisse, wie sie der 12. Mai in Berlin gebracht hat, werden Unaufgelärten die Augen öffnen und den Troß und die Kampfeslust in unseren Reihen stärken. Unser Wahlspruch lautet: Nun er's recht! Es gilt die letzte Klassen- und Leidensgenossin den sozialdemokratischen Kampfesreihen zuzuführen; es gilt die polizeioffiziöse und militärbegeisterte Presse aus dem Hause zu werfen; es

gilt die Jugend- und Bildungsbewegung zu fördern. Frauen heraus! Frauen vor die Front! Hinein in den Kampf mit dem alten Troßgruf:

„Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Und wollt' uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr,
Es muß uns doch gelingen.“ Emil Unger.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Für die Aufklärung der proletarischen Frauen in Thüringen hatte die Unterzeichnete zu wirken. Im Kreise Nordhausen referierte sie in Heintode, Salza, Großwechungen, Kleinwechungen, Großwerther, Nordhausen, Elrich. Im Mühlhäusener Kreise fanden in Tennstedt, Langenjalza, Mühlhausen und Sommerda Versammlungen statt. Gispersleben, Dieghammer, Stückerbach und Silbach wurden im Kreise Erfurt von der Agitation erfaßt. Eine in Heiligenstadt geplante Versammlung mußte infolge Lokalabtreibung ausfallen. Es waren meist kleine Orte, wo die sozialistische Ideenarbeit ausgeübt werden sollte, doch war der Versammlungsbesuch mit einer Ausnahme ein recht guter. In Dieghammer zum Beispiel waren etwa 300 Personen anwesend. Was der Unterzeichneten im schönen Thüringer Lande am meisten auffiel, das war die große Armut der Bewohner und dabei wiederum die überaus elende Lage der Frauen. Plage und Entbehrung ist hier das Los der Arbeiterchaft. In den rheinisch-westfälischen Industriezentren gibt es wahrlich auch Massenelend genug, aber so erbärmliche Lebensverhältnisse wie sie in Thüringen die Regel sind, findet man dort trotz alledem im allgemeinen nicht. In der Landwirtschaft, in der Industrie und in der Heimarbeit quälen sich die thüringer Proletarierinnen ab, um den großen Verdienst der Männer zu ergänzen. Der Kapitalismus lastet schwer auf ihnen, mit hartem Griff raubt er ihnen Zeit und Kraft, Weib, Mensch zu sein. Da die sozialdemokratische Frauenbewegung in der Gegend meist noch sehr schwach ist, oder erst aufzukommen beginnt, lebt die Mehrzahl unserer Klassen-schwester dort hoffnungslos dahin. Erst mit dem Sozialismus wird ihnen die Kunde der endlichen Erlösung. Wohl denen, die ihre Hoffnung an diesem Stabe fürs Leben emporranken! An manchen Orten erhielt ich durch Hausagitation Einblick in solchen Jammer, daß mir die Wahrheit des Satzes von Karl Marx ausging: „Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, aber eine Welt zu gewinnen.“ In den Versammlungen waren die Frauen sehr aufmerksam. Vielen ging da eine neue Welt auf. Es erwachte der Mut, zu leben, zu kämpfen für sich und die Zukunft des Proletariats. Die Partei gewann in den Versammlungen gegen 170 neue Mitglieder. Wir hoffen, daß der Stamm tüchtiger Genossinnen in Thüringen rührig die nötige Kleinarbeit verrichten wird, um die Gewonnenen zu halten und zu schulen. Die Befreiung der werktätigen Frauen kann nur durch den Sozialismus erfolgen, dessen Erfüllung das Best der gesamten Arbeiterklasse sein muß. Aber die große Befreiungstat hat zur Bedingung, daß jeder einzelne seine ganze Kraft für das gemeinsame Ziel einsetzt. Für die Frauen gilt daselbe wie für die Männer.

L. Agnes, Düsseldorf.

Im Auftrage des Fabrikarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Braunschweig sprach die Unterzeichnete anfangs Mai in Versammlungen in Braunschweig, Wolfenbüttel, Steterburg und Lehndorf. Das Thema lautete: „Die Frauen im Kampf ums Brot.“ Gerade in diesen Orten müssen tausende von Frauen bei elender Entlohnung erwerbstätig sein, und viele von ihnen haben bereits den Weg zur Organisation gefunden. Mit Ausnahme von Steterburg waren trotzdem die Versammlungen nicht besonders gut besucht. Es scheint, als ob im allgemeinen die Zeit für die Versammlungen nicht allzu günstig war; vor allem folgten sie zu dicht auf die Mai-feier. Wolfenbüttel ist übrigens wegen seiner schlechtbesuchten Versammlungen unruhig belannt. Der Braunschweiger Verbandeleiter, Genosse Genzen, legte denn auch nach dem Vortrage den Anwesenden ans Herz, tatkräftiger für den Besuch der Versammlungen, wie für den Anschluß an den Verband zu werden. Die Wolfenbütteler Arbeiterchaft sollte sich ein Beispiel nehmen an Braunschweig, wo sich im letzten Jahre der Verband gut entwickelte. Aufnahmen für die Organisation wurden überall gemacht, besonders in Steterburg, wo die Versammlung außerordentlich gut besucht war, und wo auch die meisten Unorganisierten an ihr teilnahmen. Haben die Versammlungen leider nicht ganz den Erwartungen entsprochen, so darf das nicht entmutigen, sondern soll eine Mahnung sein zur rastlosen Aufklärungsarbeit unter den Massen.

Frieda Wulff.

Eine Konferenz der organisierten Genossinnen des zehnten sächsischen Reichstagswahlkreises tagte am 21. April in Döbeln. Fast aus allen Orten waren zahlreich Teilnehmerinnen erschienen. Genossin Vaader-Berlin hielt einen sehr eingehenden und belehrenden Vortrag darüber, wie die Agitation unter den Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen betrieben werden soll und wie notwendig der Anschluß der proletarischen Frauen an die sozialdemokratische Partei ist. Sie erntete reichen Beifall für ihre zweifelhafte Ausführungen. In der Diskussion zeigte Genossin Spindler an der Hand von Zahlen, wie drückend Zölle und indirekte Steuern den Arbeiterhaushalt belasten und die Wirtschaftsführung der Frauen erschweren. Genossin Drechsler kennzeichnete das geringe Interesse mancher Männer dafür, daß auch die Frauen und Töchter aufgeklärt und der politischen Organisation zugeführt werden. Sie forderte die Genossen dringend auf, in der Förderung der proletarischen Frauenbewegung nicht zu erlahmen. Dem Kreisvorstand sprach sie im Namen der organisierten Genossinnen den Dank für das Zustandekommen der Konferenz aus. Auf die Notwendigkeit, daß auch die Frauen die sozialdemokratische Presse und Literatur lesen, wies Genossin Schilling hin. Sie widerlegte dabei die Ausreden mancher Frauen, daß sie keine Zeit zum Lesen hätten. Solange sie Zeit fänden, meinte unsere Genossin, um Überstunden zu machen, die die Löhne drücken, wie dies hauptsächlich in der Tabakindustrie der Fall sei, müßten sie auch Zeit für ihre Bildung gewinnen. Nach einem kräftigen Schlußwort der Genossin Vaader fand die anregende Veranstaltung ihr Ende.

M. D.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Württembergs hat unter dem Vorsitz des Landesvorstandes am 28. April in Stuttgart stattgefunden. Die Parteioorganisationen von 27 Orten hatten sie mit zusammen 67 weiblichen Delegierten besetzt. Außer ihnen und der Vertretung des Landesvorstandes nahmen an ihr eine größere Anzahl Gäste teil sowie Genossin Ziech als Beauftragte des Parteivorstandes. Die Tagesordnung wurde mit einem Begrüßungslied eröffnet, das Mitglieder der Lassalla und der Stuttgarter Damenchor unter Leitung von Frau Brenner wirkungsvoll vortrugen. Genosse Hildenbrand, der die Verhandlungen leitete, begrüßte die Konferenz im Namen des Landesvorstandes. Er gab einen Überblick über die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Württemberg, wies auf die Aufgabe der Genossinnen hin und betonte, daß der Landesvorstand bestrebt sein werde, sie tatkräftig zu fördern.

Genossin Ziech erstattete ein Referat über „Die Frauen und der politische Kampf“. Es brachte eine lichtvolle Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungen, welche die Frauen in wachsender Zahl aus dem Hause zur Erwerbstätigkeit drängen und darum für das weibliche Geschlecht veränderte Daseinsbedingungen und Interessen, eine neue Welt des Fühlens, Denkens und Wollens schaffen. Diesen Umwälzung der Dinge zeigte Genossin Ziech an beweiskräftigem Zahlenmaterial über den Umfang der weiblichen Erwerbstätigkeit im Deutschen Reich. Sie wies darauf logisch zwingend nach, daß auch für die Frauen heutzutage die Notwendigkeit vorliege, sich an den politischen Kämpfen zu beteiligen und wertete im Zusammenhang damit die grundsätzliche und praktische Bedeutung des Frauenwahlrechts. Schließlich erörterte sie die Forderungen, die die Proletarierinnen um das Banner des Sozialismus sammeln müssen, wenn sie ihr Wohl und das der ihrigen verteidigen und volles Menschentum erringen wollen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall, wie auch das zweite Referat, das Genossin Jettin über: „Die Frauenarbeit in Württemberg“ hielt. Es gab ein Bild der besonderen geschichtlichen Verhältnisse, die Württemberg in den Malstrom der kapitalistischen Entwicklung einbezogen und es aus einem Agrarland in einen Industriestaat verwandelt haben. Die Entwicklung und die Art der Frauenarbeit in Württemberg wies sie durch Vergleiche zwischen den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbebefragungen von 1882, 1895 und 1907 nach und hob dabei den großen Umfang und den veränderten Charakter der Frauenarbeit in der Landwirtschaft scharf hervor. Aber die Lage der bedeutendsten Gruppen der Industrie- und Heimarbeiterinnen gab sie Stichproben an der Hand offiziellen Materials, das niedrige Löhne und lange Arbeitszeit auswies. Der Vortrag legte einige besondere Umstände dar, die für die Frauenarbeit in Württemberg bestimmend sind und bei der Agitation berücksichtigt werden müssen. Es sind dies vor allem außer den niedrigen Löhnen das Nebeneinander- und Zueinandergreifen von Industrie- und Landarbeit, der weite Weg zwischen Heim und Arbeitsstätte und der dadurch beträchtlich verlängerte Arbeitstag, die noch ganz oder halb bäuerliche Umwelt des Heimes und die ihr entsprechende

Geistesart der Frau, ihre Vereinzelnung nach der Fabrikarbeit usw. Diese Umstände wirkten dem Erfolg der üblichen öffentlichen Versammlungen entgegen und heischen ein großes Maß persönlicher Kleinarbeit zur Aufklärung und Organisierung der Frauen. Sie lassen uns fleißige Hausagitation empfehlenswert erscheinen, wohl-vorbereitete sonntägige Wanderversammlungen der Genossinnen eines Industriezentrums in die Nachbardörfer, eine besondere Literatur von Serien vier-, höchstens achtfertiger Broschüren, die die einzelnen Seiten einer Frage selbständig behandeln, erst in ihrer Gesamtheit ein Ganzes darstellen und möglichst in bestimmten Zwischenräumen von derselben Genossin gebracht werden sollten. Das Referat endete mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, das Referat endete mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, durch Lese- und Diskussionsabende einen Stamm theoretisch geschulter, praktisch erfahrener Genossinnen heranzubilden, die die vorliegenden Aufgaben zu erfüllen vermögen. Das vorgezogene dritte Referat der Genossin Schradin über „Die Tätigkeit der Frau im Gemeindeleben“ mußte wegen Zeitmangels abgesetzt werden.

Die Diskussion galt in der Hauptsache den vorliegenden Anträgen, die sämtlich den Zweck verfolgten, die Mittel und Wege zur Erweckung der Frauen des werktätigen Volkes und zur Schulung der Genossinnen zu vermehren. Besonders lange wurde der folgende Antrag der Stuttgarter Genossinnen umstritten, der von Genossin Dunder mit trefflichen, sachlichen Gründen befürwortet wurde: „Zur Vertreibung einer energischen und systematischen Agitation unter den proletarischen Frauen Württembergs wird eine Frauenagitationskommission gebildet, zu der von 1. Reichstagswahlkreis zwei, vom 2., 3., 5. und 10. Reichstagswahlkreis je eine Genossin gewählt wird. Die Agitationskommission hat die Aufgabe, in Verbindung mit dem Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs und den in Betracht kommenden Organisationen die Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen ständig zu fördern und für die prinzipielle Schulung der weiblichen Mitglieder Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke kommen die Mitglieder der Kommission allvierteljährlich einmal zusammen, besprechen ihre Erfahrungen und stellen den Agitationsplan für das kommende Quartal auf. Auch das Programm für etwaige Lese- und Diskussionsabende der Genossinnen wird von ihnen beschlossen.“ Genossin Zieg empfahl statt seiner folgenden Antrag: „Die weiblichen Vorstandsmitglieder in den einzelnen Kreisen bilden die Frauenagitationskommission, die durch die weiblichen Vorstandsmitglieder des Kreises untereinander und mit dem Landesvorstand in Verbindung stehen.“ Schließlich gelangte der Stuttgarter Antrag mit 43 Stimmen zur Annahme. Angenommen wurden ferner Anträge aus Eßlingen, Gmünd, Heidenheim, Schorndorf und Ulm, den Landesvorstand zu beauftragen, wo irgend möglich die Parteiorganisationen zu veranlassen, Frauengruppen ins Leben zu rufen und ihnen zur Weiterbildung der Genossinnen einen Leiter zu geben. Die Konferenz trat auch den Anträgen aus Stuttgart und Heilbronn bei, es möge in naher Zukunft eine Sekretärin für die Frauenagitation angestellt werden. Anträge, die die Überweisung von Agitationsmaterial an die Genossinnen wünschten, wurden dem Landesvorstand überwiesen, nachdem die Genossinnen Zieg und Zeilin an das vom Frauenbureau herausgegebene Material erinnert hatten. Der Antrag des Genossen Wolf-Cannstatt, das Referat der Genossin Zeilin als Broschüre herauszugeben, fand durch die Erklärung seine Erledigung, die jetzt in der „Gleichheit“ veröffentlichte Artikelserie über die Frauenarbeit in Württemberg werde nach Abschluß als billiges Heftchen erscheinen. Nachdem die Konferenz noch unter Beifall einstimmig einer Resolution Stuttgart beipflichtet hatte, die die Verabreichung von Alkohol an Kinder streng verurteilt, fanden die Verhandlungen mit einem kräftigen und begeisterten Schlusswort des Genossen Hildenbrand ihr Ende. Nun ist es an den Genossinnen, die vielen Anregungen der Tagung praktisch zu verwerten.

Politische Rundschau.

Bei der Beratung des Reichskanzleretats am 17. Mai behandelte der Reichstag die Drohung des Kaisers, die Verfassung Elsaß-Lothringens in Scherben zu schlagen. In der Haltung der bürgerlichen Redner zu diesen Worten kam nicht einmal ein schwacher Ablass der Entrüstung zum Ausdruck, die im November 1908 die bürgerlichen Parteien wegen des läppischen Eingriffs des persönlichen Regiments in die auswärtige Politik erfüllte. Der Reichskanzler hatte daher einen leichten Stand, als er als Prügeljunge für die Worte seines Herrn auftrat. Er verschmähte dabei aller-

dings nicht einmal die faule Ausrede, daß Wilhelm II. nicht mit dem Staatsstreich gedroht, sondern auf die gesetzliche Aufhebung der reichsländischen Verfassung angespielt habe, als er vom „Scherben schlagen“ sprach. So blieb ihm der Sturm völlig erspart, der 1908 seinen Vorgänger umheulte. Es war ein Säufeln nur, das Verede der Sprecher des Zentrums, der Nationalliberalen und des Fortschritts. Viel mehr Entrüstung verbrauchten die Herrschaften gegen die Sozialdemokratie. Deren erster Redner, Scheidemann, geißelte die kaiserliche Auferung nach Gebühr und kennzeichnete die angedrohte Einverleibung der Reichsländer in Preußen mit Recht als die Androhung der schärfsten Strafe, der Zuchthausstrafe, und als gleichbedeutend mit der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Diese ungeschminzte Feststellung des empörenden Umstandes, daß die große Mehrheit des preußischen Volkes aus Staatsbürgern zweiter Klasse besteht, daß das Wahlrecht in Preußen tausendmal schlechter ist als in den eroberten Reichsländern, diese Brandmarkung der preußischen Junkerherrschaft verfehlte vor allem die Konservativen in helle Wut. Sie tobten wie Besessene und der Reichskanzler nutzte die Gelegenheit zu einer theatralischen Demonstration aus. An der Spitze der gesamten Bundesratsvertreter verließ er den Saal, weil der Präsident Kämpf den sozialdemokratischen Redner für seine Kennzeichnung des preußischen Staats nicht sogleich zur Ordnung rief. Es wurden Posten ausgesetzt, um ahnungslose Bundesratsvertreter von dem Betreten des Saales abzuhalten, und die Herren lehrten erst wieder in den Saal zurück, nachdem der angstschweißende fortschrittliche Präsident endlich auf Grund des Stenogramms den nachträglichen Ordnungsruf erteilt hatte. Unter den bürgerlichen Parteien waren schon die wildesten Gerüchte im Umlauf. Man sprach von einer Präsidentenreise, ja selbst von Reichstagsauflösung für den Fall, daß der Präsident Kämpf sich hochbeinig erweisen würde. Aber dieser dachte nicht daran und machte sein Verfallnis schleunigst wieder gut. Hatte er doch schon vorher über den sozialdemokratischen Redner einen Hagel der unglaublichsten, ungerechtfertigtesten Ordnungsrufe herniedergehen lassen. Damit war alles wieder in bester Ordnung, und die bürgerlichen Parteien konnten sich in der allgemeinen Entrüstung über die Sozialdemokratie finden und die unbequeme Abrechnung mit dem Selbstherrschertum darob — vergessen. Der zweite sozialdemokratische Redner, Genosse Lensch, konnte in seinem Schlusswort das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien feststellen. Sie haben sich dem persönlichen Regiment unterworfen, und sie wagen kaum noch eine Einwendung zu murmeln, wenn der Kanzler, der angebliche verantwortliche Leiter der Reichspolitik, sich als der Prügeljunge dieses Regiments bekennet.

Kurz vor dem Straßburger Frühstücksgespräch haben die Junker im preußischen Abgeordnetenhaus den längst geplanten Streich gegen die verhassten sozialdemokratischen Vertreter geführt. Genosse Vorchardt hatte sich trotz mehrfachen präsidialen Befehls nicht auf seinen Platz begeben, sondern war vor der Rednertribüne stehen geblieben, als der parteiische Junkerpräsident seine Aufforderung an ihn, den Sozialdemokraten, nicht aber an die Abgeordneten anderer Parteien richtete, die ebenfalls die Rednertribüne belagerten und Zwischenrufe machten. Daraufhin schloß der Präsident Freiherr v. Erffa plötzlich den Genossen Vorchardt von der Sitzung aus und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen. Selbstverständlich weigerte sich unser Genosse, dies zu tun. Unsere Fraktion hatte ja von Anfang an die Rechtsgültigkeit des gegen sie gemachten Paragraphen der Geschäftsordnung bestritten, der dem Präsidenten die Nacht verleiht, Abgeordnete zum Verlassen des Sitzungssaales zu zwingen. Dieser Paragraph steht im Widerspruch zu den Reichsgesetzen. Da Vorchardt im Saale blieb, so ließ der Präsident ein Polizeikommando aufmarschieren, und dieses Polizeiaufgebot schleppte den sozialdemokratischen Abgeordneten zweimal gewaltsam aus dem Saal hinaus. Zugleich vergriffen sich die Polizeikräfte auch an Genossen Leinert, weil dieser nicht freiwillig Platz machte, als die Polizisten sich an Genossen Vorchardt herannahen. Mit dieser Schändung des Parlaments aber ist es den Junkern noch nicht genug. Ihr Präsident hat seine Leistung in der denkwürdigen Sitzung noch übergipfelt durch einen Strafantrag gegen Vorchardt wegen Hausfriedensbruchs, und der Staatsanwalt hat schnell noch eine Anklage wider Vorchardt und Leinert wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt angefügt. Schon hat die Geschäftsordnungscommission des Abgeordnetenhauses beschlossen, daß das Haus die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten zur Strafverfolgung ausliefern, gleichzeitig auch Strafantrag gegen den Vorwärts stellen soll wegen angeblicher Verleumdung des Hauses. Und bei der Zusammensetzung dieser Vertretung der Westenden ist mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß das Plenum diesen Beschlüssen beitrifft. Die Sozialdemokratie hat ihrer Empörung über diese rohen Verjagung, die Verteidiger der Besiglosen im Weisheitsparlament mundtot zu

machen, in großen Demonstrationenversammlungen im ganzen Reich Ausbruch gegeben. So heftig ihre Entrüstung aber ist, so wenig ist sie verwundert über diese Junkeraten. Es entspricht der Art des Junkers, roh und läppisch dreinzuschlagen; ihm kommt gar nicht der Gedanke, es könne etwas geben, das er mit seiner brutalen Gewalt nicht überwinden kann. Was aber nie vergessen werden darf, das ist das völlige Veragen des Liberalismus in dieser Angelegenheit, des Liberalismus, der sich bei den Wahlen nicht genug tun konnte in großen Worten gegen die Junker und der sich als der einzig wahre Verteidiger des Rechts aufzuspielen liebt. Aber selbst die Fortschrittler bekundeten heillose Angst davor, daß sie etwa mit den „unmanierlichen“ Sozialdemokraten in einen Topf geworfen werden könnten. Ihre Presse konnte sich nicht genug tun in der lauten Versicherung, daß der Fortschritt zwar den Hausrechtsparagrafen grundsätzlich mißbilligt, daß er aber den Widerstand der Sozialdemokraten deswegen durchaus nicht gutheißt. Denn höher als das Recht des Parlamentariers und damit des Volkes steht dem Fortschritt allerweil der gute Ton in allen Lebenslagen. So hat er denn bei der Abstimmung über Vorchardts Protest dem Präsidenten Recht gegeben. Und es bekundet nur sein schlechtes Gewissen, daß er dabei zugleich einen ausichtslosen Antrag auf Aufhebung des Hausrechtsparagrafen angelündigt hat. Nur zwei Mann aus den fortschrittlichen Reihen wagten es — nicht etwa gegen den Präsidenten zu stimmen, sondern sich der Abstimmung zu enthalten und mit ihnen die Poten. Auf die Seite der Sozialdemokraten traten ganze zwei Mann, die beiden Dänen des Hauses.

Inzwischen ist nach der Militär- auch die Marinevorlage im Reichstage glatt bewilligt worden. Die bürgerliche Einigkeit war in diesem Falle so groß, daß nur die zwei Sozialdemokraten zu der Sache sprachen, sämtliche bürgerliche Parteien schwiegen. — Umgehend ist indes auch die Antwort Englands erfolgt. Marineminister Churchill hat im englischen Unterhause angelündigt, daß die Überschüsse des Budgets für Schiffsbauten verwendet werden sollen. Das Betrüsten geht also weiter. — In der Deckungsfrage hat das Zentrum schließlich noch eine bemerkenswerte Schwankung vollzogen. In Gemeinschaft mit den Nationalliberalen hat es in der Kommission den Antrag eingebracht, daß die Regierung für 1913 den Entwurf eines Veststeuergesetzes einbringen soll. Offenbar hat das Zentrum Angst um seine Wähler, wenn es sich weiter der Veststeuer widersetzt. Der Antrag ist freilich so unbestimmt gehalten, daß noch nicht abzusehen ist, ob nicht etwa der Versuch einer Schiebung dahinter steckt. Die Budgetkommission hat ihn gegen die Konservativen angenommen und offen gelassen, ob diese Steuer Vermögens- oder Erbschaftsteuer sein soll. Hinterher wurde dann noch gegen Konservative und Zentrum ein fortschrittlicher Antrag angenommen, der lediglich die Erbschaftsteuer fordert. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Den Arbeiterinnenschutz zu verschlechtern, sind die Unternehmer wieder einmal am Werke. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die ausnahmsweise Beschäftigung von Arbeiterinnen über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus genügen den Ausbeutern noch lange nicht. Sie wollen unbeschränkt über die Arbeitszeit ihrer Lohnsklavinnen verfügen. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung kann wegen außerordentlicher Häufung der Arbeit die Polizeibehörde auf Antrag des Unternehmers die Überarbeit erwachsener Arbeiterinnen bis 9 Uhr abends, mit Ausnahme des Samstags, auf die Dauer von zwei Wochen gestatten. Weiter kann der Bundesrat Überarbeit an vierzig Tagen im Jahre für solche Gewerbebranchen zulassen, in denen an einzelnen Tagen ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis auftritt. Beide Bestimmungen kommen den Unternehmern schon viel zu weit entgegen. Denn wie man den Verichten der Fabrikinspektoren entnehmen kann, erheben diese mit Hilfe der Behörden die Ausnahme zur Regel. Aber sie verlangen noch größere Ausbeutungsfreiheit. Der deutsche Handelstag hat beschlossen, bei der Reichsregierung und beim Bundesrat eine Änderung der Gewerbeordnung zu beantragen. Und zwar soll danach dem Unternehmer gestattet werden, in besonders dringenden Fällen für die Dauer von drei Tagen sofort Überarbeit leisten zu lassen, Bedingung dafür ist nur, daß der Unternehmer am ersten Tage der zuständigen Verwaltungsbehörde Kenntnis von der Überarbeit gibt und die Erlaubnis dazu nachträglich einholt. Wie schlan, die Erlaubnis nachträglich einzuholen! Die nachträgliche Vergabung der Erlaubnis tut ja nicht weh, die Arbeit aber ist geleistet. Und es ist eigentlich nur vernünftig, daß der Unternehmer auch noch von der geringfügigen Geldstrafe befreit sein will, die ihn heute im Übertretungsfalle trifft. Ferner verlangt der Deutsche Handelstag, daß die Zahl der Aus-

nahmetage auf fünfzig erhöht werden soll, und daß ihre Auswahl dem Unternehmer zusteht. Eine vorherige Anzeige der Überarbeit aber soll nicht erforderlich sein. Das läuft natürlich daraus hinaus, daß die Schutzbestimmungen außer Kraft gesetzt werden, die die Schlotbarone heute schon möglichst wenig innehalten. Das heißt doch Schindluder mit den Interessen der Arbeiterinnen treiben. Es fehlte gerade noch, daß das bisherige Arbeiterinnenschutz der Profitgier der Unternehmer zuliebe wieder hinweggefegt würde, nachdem es in jahrzehntelangen Kämpfen errungen werden mußte und die weitere Einschränkung gerade der Ausweitung weiblicher Arbeitskraft ein immer dringenderes gesellschaftliches Bedürfnis geworden ist. Daß der Unternehmer bestrebt ist, die Tätigkeit in der Industrie zunehmende billigere Frauenarbeit über Gebühr auszunutzen, ist selbstverständlich, aber ebenso selbstverständlich muß der Widerstand der Ausgebeuteten gegen solche Pläne mit aller Macht einsegen.

Die angekündigte Aussperrung der Metallarbeiter im Maingau ist inzwischen zur Tat geworden, hat aber bei weitem nicht den Umfang erreicht, den sie nach Aussage der Unternehmer nehmen sollte. Im Aussperrungsgebiet werden von den Unternehmern, die Mitglieder ihres Verbandes sind, etwa 15 000 Arbeiter beschäftigt. Aussperrt haben 61 Verbandsfirmen, die 7538 Arbeiter verwenden. Davon sind 4031 ausgesperrt worden, unter denen sich 2753 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes befinden. Viele Unternehmer sind dem Beschlusse ihres Verbandes nicht nachgekommen, weil der Anlaß zum Kampfe doch wirklich ein allzu dürftiger ist. — Die Differenzen in der Metallindustrie Hannovers werden voraussichtlich auch zu einer Aussperrung führen. Eine Sitzung der Unternehmer für die Bezirksverbände Hannover, Magdeburg und Halle a. S., die zu einem Kartell zum Zwecke partieller Aussperrungen vereinigt sind, hat nämlich beschlossen, 60 Prozent der Metallarbeiter in Hannover auszusperrn, falls bis zum 27. Mai die Streitigkeiten dort nicht beigelegt sind. Und wenn dann bis zum 17. Juni die Bewegung nicht beendet ist, sollen in den Bezirken Magdeburg und Halle ebenfalls 60 Prozent der Arbeiter aufs Pflaster fliegen.

Der Streik der Rheinschiffer hat an Ausdehnung zugenommen, indem noch eine weitere Gruppe von Schiffen die Arbeit niedergelegt hat. Die Polizei geht in der gleichen scharfen Weise wie zu Lande auch zu Wasser gegen die Streikposten vor. Die von Streikbrechern besetzten Schleppschiffe werden von Polizeiposten bewacht, die auf jeden sich dem Schiffe nähernden Nachen sofort Schüsse abgeben. Es ist den Streitenden somit unmöglich, an diese Schiffe heranzukommen, um die vom Ausland herbeigekommenen Arbeitswilligen über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Die Polizei hat einen Nachen beschlagnahmt, der von Streikposten zu diesem Zwecke gebraucht wurde. — Im Hamburger Hafen schreiten die Verhandlungen vorwärts. Für eine ganze Reihe weiterer Gruppen von Hafenarbeitern sind bereits neue Tarifvereinbarungen abgeschlossen worden, so daß jetzt Aussicht besteht, daß es zu einem Kampfe nicht kommen wird. — Im Stettiner Hafen sind die Maschinisten und Heizer wegen Lohnunterschieden in Streik getreten. Auch hier werden ähnliche Forderungen erhoben, wie sie die Maschinisten der Rheinschiffe stellen.

Im Gärtnergewerbe ist eine große Anzahl örtlicher Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht worden. Hingegen werden im Bäckergewerbe Kämpfe in Halle a. S., Magdeburg, Leipzig, Rüstingen und anderen Städten geführt, in der Hauptsache um die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Meißler durchzusetzen. In ihren Kämpfen werden die Bäcker in den letzten Jahren von unseren Genossinnen tatkräftig unterstützt, die gegen die bestreikten Meißler wirksame Boykotts durchführen.

Der Jahresabschluss des Tabakarbeiterverbandes besitzt für uns besonderes Interesse. Sind doch in diesem von der Gesetzgebung so mißhandelten Gewerbe viele weibliche Arbeitskräfte tätig, und hat doch der Verband eine große Aussperrung hinter sich. Auch im Jahre 1911 litt die deutsche Tabakindustrie noch erheblich unter den Folgen des 1909 in Kraft getretenen Steuergesetzes. Trotzdem viele Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Gewerbe verdrängt wurden und sich anderen Erwerbstätigkeiten zuwenden mußten, herrschte noch große Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Verbandes. Infolge des großen westfälischen Kampfes waren die Leistungen für Kampfszwecke in der Verichtszeit besonders hohe, sie betrugen 1 028 778 Mk. 14 000 Arbeiter und Arbeiterinnen standen im Kampfe, doch den Unternehmern gelang es nicht, den Verband niederzuringen. Dieser hat 168 Lohnbewegungen geführt, an denen 12 500 männ-

liche und 8088 weibliche Personen beteiligt waren. Besonders erfreulich ist die Zunahme und die hohe Zahl der weiblichen Verbandsmitglieder. Unter den 1408 neugewonnenen Mitgliedern befinden sich 1285 weibliche. Dem Verband gehören jetzt neben 17 775 Arbeitern 17 674 Arbeiterinnen an, und in diesem Jahre dürfte die Zahl der weiblichen Mitglieder die der männlichen überschreiten. Ein schönes Zeichen, daß die Proletarierinnen des Tabakarbeitergewerbes sich ihrer Massenfuge bewußt sind.

Die gerichtlichen Verbote des Streikpostenstehens mehrten sich. In Beuthen (Oberschlesien) erzwirkte eine Firma einen gerichtlichen Beschluß, wonach bei Androhung von 500 M. Geldstrafe dem Angestellten des Malerverbandes der Aufenthalt in gewissen Straßen verboten wurde. Dieses amtsgerichtliche Urteil wird aber noch übertrumpft durch die Weisheit einer höheren Gerichtsstanz. Während des mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreiks hatte der Kreisdirektor von Helmstedt auf Grund einer Landesverordnung aus dem Jahre 1850 verfügt, daß jedes Stehen und Gehen auf dem Wege zu einer Grube verboten sei. Mehrere Bergarbeiter, Streikposten, die dem zuwiderhandelten, erhielten Strafmandate, gegen die sie gerichtliche Entscheidung beantragten. Während das Amtsgericht die Bergleute verurteilte, sprach das Landgericht sie frei, in richtiger Erkenntnis, daß laut Entscheid des obersten Gerichtshofes, des Reichsgerichts, das Streikpostenstehen erlaubt ist. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung beim Oberlandesgericht ein, und dieses hob das Urteil auf und verurteilte die Streikposten. Das Oberlandesgericht stellte sich auf den Standpunkt des Kreisdirektors, der diese Verfügung übrigens getroffen hatte, weil „Gefahr im Verzuge“ sei. Das Gericht erklärte, daß es eine Nachprüfung darüber nicht vorzunehmen habe, ob wirklich Gefahr im Verzuge gewesen sei, das zu entscheiden sei Sache der Polizeibehörde. Die Vergung der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit wird zu einer Hauptaufgabe der Gerichte in Deutschland. Die Entscheidungen der höchsten Gerichtsstanzungen, die klaren Bestimmungen der bestehenden Gesetze sind für viele unserer Richter nicht mehr vorhanden. Ihre Rechtsquellen sind Verordnungen der Polizei und die Anschauungen der Unternehmer. #

Arbeitslosezählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Aprilzählung ergab am Stichtage 635 Arbeitslose, darunter 217 weibliche. Als auf der Reise befindlich wurden am gleichen Tage 117 arbeitslose Mitglieder gemeldet, darunter 5 Arbeiterinnen. 19 Filialen mit 852 Mitgliedern haben sich nicht an der Zählung beteiligt. Von der Aprilzählung wurden insgesamt 99,4 Prozent der Mitglieder erfasst. Die Zahl der Mitglieder betrug 86 920 männliche und 52 898 weibliche, insgesamt 139 786. Gegen den Vormonat ist das ein Mehr von 579 Organisierten. k. sch.

Vom Bibliothekswesen des Textilarbeiterverbandes. Die Bibliothek, die der Benutzung der Zentrale unseres Verbandes — Vorstand und Redaktion — dient, umfaßt über 8000 Bände. Obgleich die meisten Ortsverwaltungen eigene Bibliotheken besitzen, stehen ihnen doch in besonderen Fällen für notwendige spezielle Studien Bibliotheksbücher der Zentrale zur Verfügung. Kennenwerte Schwierigkeiten sind dadurch nicht entstanden. Dagegen mußten wir häufig die auf Bestellung von einzelnen Mitgliedern gekauften Bücher wieder zurücknehmen, weil sie den Bestellern nachträglich zu teuer erschienen. Infolge dieser Erfahrung besorgen wir nur noch Bücher, die von den Ortsverwaltungen bestellt werden, und die ihnen direkt durch die Buchhändler mit Rechnung zugehen. Eine eigene Buchhandlung unterhält der Verband nicht mehr. Kleinere Filialen mit beschränkten Geldmitteln haben seit Jahren den verschiedensten Lesestoff durch die Zentrale erhalten, auch wurde den Zentralbibliotheken der Gewerkschaftsartelle häufig eine unserer Mitgliedschaft am Ort entsprechende Anzahl von Büchern überlassen. Die Anschaffungskosten der Bibliothekszwecken dienenden Bücher sind während der letzten Jahre sehr stark gestiegen.

Auf Wunsch mancher Ortsverwaltungen unterhält der Verband seit zirka drei Jahren Wanderbibliotheken für die tschechischen Mitglieder. Anfänglich waren es vier. Die Nachfrage nach den in tschechischer Sprache gedruckten Büchern ist aber so gestiegen, daß der Verband seit Jahresfrist 13 solcher Wanderbibliotheken in Umlauf gesetzt hat. Die Bücher werden mit Verzeichnis in eigens zu diesem Zwecke angefertigten eisernen Kassetten versandt. Die empfangende Ortsverwaltung kann die jedesmalige Sendung ein halbes Jahr lang für ihre tschechischen Mitglieder benutzen. Dann ist die Kassette mit sämtlichen Büchern nebst dem Bücherverzeichnis zwecks Umtausches mit anderen Büchern wieder an die Zentrale zurückzusenden. Diese Maßnahme

hat sich als notwendig erwiesen, weil wiederholt Bücher abhanden gekommen sind und der Zentrale bei direktem Austausch der Kassetten von Filiale zu Filiale die Kontrolle über die Beschaffenheit und Vollständigkeit der Bücher verloren ging. Der Filialleiter trägt die Verantwortung für die empfangenen Bücher. An ihn wird auch der Schlüssel der Kassette gesandt. Die Revisoren der Ortsverwaltungen üben die Kontrolle über die empfangenen Bücher aus. Über deren Benutzung führen die Ortsverwaltungen ein besonderes Verzeichnis. Daraus sind der Zentrale bei Rücksendung der Kassette Angaben über die Zahl der Leser und der von ihnen gewünschten Bücher zu machen. Eine Verdeutschung der tschechischen Buchtitel enthält sowohl das mitgegebene Bücherverzeichnis als auch das Buch selbst, damit unseren Funktionären die Ausleiher erleichtert wird. Orte mit geringer Benutzung der tschechischen Bibliothek werden beim nächsten Austausch übergeben. Nur dadurch ist es bei dem jetzigen Umfang der Bibliothek möglich, allen an die Zentrale gestellten entsprechenden Anträgen gerecht zu werden. Bis jetzt erhielten tschechische Wanderbibliotheken zugesandt die Filialen Bremen, Landsberg, Trieseb, Neckarsulm, Leipzig, Augsburg, Berlin, Chemnitz, Wittweida, Braunschweig, Weida, Veuel, Delmenhorst und Hamburg. Bei den Filialen Bremen, Trieseb, Neckarsulm und Landsberg fand ein drei- respektive viermaliger Umtausch statt.

In der Einrichtung der tschechischen Wanderbibliotheken kommt es zum Ausdruck, daß die Herren Textilbarone, „echt“ nationaler Gesinnung voll, in allen Teilen Deutschlands zahlreiche Arbeitskräfte aus Böhmen verwenden. Die Einrichtung zeigt aber auch den Ernst und die brüderliche Solidarität, mit der der Deutsche Textilarbeiterverband an der Aufklärung der böhmischen Proletarier arbeitet, die kapitalistische Profitgier ins Land ruft.

H. Kr.

Christliche Organisationen. Nachdem wir erst wieder bei dem letzten Bergarbeiterstreik schmerzlich empfunden haben, daß die Christlichen den frei organisierten Arbeitern in den Rücken fallen, ist es nötiger als je, allen Vereinigungen der dunkeln Elemente sorgfältig auf die Finger zu sehen und insonderheit allen neuentstehenden christlichen Organisationen von vornherein den Boden soweit wie möglich abzugraben. Auf dem vom 15. bis 17. April in Dessau abgehaltenen „Kirchlich-sozialen Kongress“ wurden über zwei Gruppen weiblicher Erwerbstätiger Referate gehalten, die die Schwarzen liebend unter ihre Flügel nehmen wollen. Frau Hedwig Leonhardt sprach über die Gastwirtsgehilfinnen. Sie legte ihren Ausführungen folgende Leitsätze zu Grunde: „1. Die Arbeit an den Gastwirtsgehilfinnen hat sich entwickelt aus der Arbeit an den süddeutschen Kellnerinnen und den norddeutschen weiblichen Bediensteten der Animmierneipen. 2. Die süddeutschen und die norddeutschen Bestrebungen gipfeln darin, daß a. auf Grund der ersten die Hebung des Kellnerinnenstandes in den Vordergrund gerückt wurde, während b. infolge der letzteren die Bekämpfung der Animmierneipen bezüglich der Animmiermädchen betont wurde. 3. Durch beides wurde die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf den Stand der Gastwirtsgehilfinnen gelenkt, der bis dahin kaum als „Stand“ angesehen wurde, weder vom Publikum noch von den ihn bildenden Mädchen und Frauen. 4. Die Erkenntnis, daß die Beseitigung der vielen Schäden und die Hebung dieses Standes nur auf einer festen Grundlage möglich sei, führte im Frühjahr 1910 zur Gründung des Zentralverbandes der Gastwirtsgehilfinnen Deutschlands. 5. Durch diese Organisation ist die Sicherheit einer durchgreifenden Umbildung des betreffenden Standes gegeben. Tatkraftige, zielsichere Mitarbeit der christlichen deutschen Frauen ist nötig, damit diese große Bewegung sich fruchtbringend auswache.“ An dieser Stelle ist, längst ehe die Christlichen ihre Aufgabe erbeden, wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Lage der Kellnerinnen gehoben werden müßte, im Gegensatz zu den Anschauungen der Frau Zellinek, die für die Ausrottung des Kellnerinnenberufs eintritt. Die Stelle aber, wo sich die Kellnerinnen zu organisieren haben, ist nicht unter den schwarzen Kittichen der Christlichen, sondern an der Seite ihrer Kollegen in der freien Gewerkschaft.

Besondere Beachtung verdient die Agitation, die die Christlichen unter den Landarbeiterinnen in die Wege zu leiten gedenken. Der Verbandssekretär Beer-Siegen, der auf dem Christlich-sozialen Kongress ein Referat über „Landarbeitervereine“ hielt, erklärt in These 6 seiner Leitsätze: „Die Gründung konfessioneller Landarbeitervereine, mit denen gegebenenfalls Dienstoffvereine und Frauenvereine parallel gehen können, ist energisch zu betreiben.“ Das Referat selbst war in diesem Punkte ganz in dem Sinne des phantastischen Referats gehalten, das die Frein Elly v. Putlig auf dem Kongress der bürgerlichen Frauen im Zoologischen Garten erstattet hatte. In schöner Harmonie mit den schwarzen Elementen

arbeitet der frauenrechtlerische „Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“, mit Fräulein Pappritz und Fräulein Friedenthal an der Spitze. Er hat bekanntlich, um die Ursachen der Landflucht der Mädchen und Frauen zu ergründen, eine genaue Enquete in die Wege geleitet über die Landarbeiterinnenverhältnisse. Im Sommer 1911 wurde eine Vorprobe mit 40 Fragebögen gemacht, die wertvolles Material gebracht haben sollen. Die nun einsetzende große Umfrage bedarf der Beteiligung weitester Kreise, heißt es in den „Christlich-sozialen Blättern“. Besonders Arbeitgeber, Pastoren und Lehrer und deren Frauen, Gemeindeglieder und Helferinnen werden um ihre Mitarbeit gebeten. Dann folgt ein langes Verzeichnis von Persönlichkeiten mit ausgesprochen kirchlicher Gesinnung, von führenden christlich-sozialen Männern und Frauen, die sich dem großen Ausschuss bereits angeschlossen haben. Zum Schlusse liest man im Auftruf: „Es wird bestimmt erbeten, diese Umfrage als private soziale Vereinsfrage zu behandeln und sie weder in politischen Blättern, noch in landwirtschaftlichen Fachblättern zu erwähnen, um jede öffentliche Polemik oder Ausnutzung für politische Zwecke auszuschalten.“ Da scheinen ja schon die 40 Probefragebögen schöne Dinge zutage gefördert zu haben, daß derartige Geheimhaltung erbeten wird. Was müßte da wohl in die Öffentlichkeit dringen, wenn nicht nur Pastoren, Gemeindeglieder usw., sondern auch die Dienstmädchen auf dem Lande, die Landarbeiterinnen, die Sachfengängerinnen usw. selbst zum Worte kämen. Aber von solch „gefährlichem“ Wissensdrang ist der „Ständige Ausschuss für Arbeiterinneninteressen“ weit entfernt, darüber können die Agrarier ganz ruhig sein. Damit wird aber auch die Enquete als ernstes statistisches Material nicht in Betracht kommen können. Sie ist, sagen die „Kirchlich-sozialen Blätter“, nur für nationale Elemente bestimmt! Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Darum: „Augen rechts!“ auf die schwarzen Finger der christlichen Organisation, auf die rosenroten Händchen des „Ständigen Ausschusses für Arbeiterinneninteressen“, die den Christlichen Vorschub leisten. r. r.

Notizenteil. Dienstbotenfrage.

Der Dienstbote, ein moderner Sklave. Die Entlohnung des Dienstboten erfolgt im Gegensatz zu derjenigen der gewerblichen Arbeiter in der Hauptsache noch in Naturalien. Kost und Logis bilden ihren Grundstock. Schon dieser Umstand birgt für die Dienenden ein Abhängigkeitsverhältnis in sich, das man in gleicher Stärke bei anderen Arten von Lohnarbeitenden nicht findet. Als die zünftige handwerksmäßige Produktionsweise der feudalen Gesellschaft durch den Kapitalismus abgelöst wurde, mußten die „freien“ Lohnarbeiter der Industrie ein gewisses Maß persönlicher Unabhängigkeit erhalten. Die Arbeiter der Handwerksbetriebe haben sich durch die Organisationen immer mehr persönliche Freiheit erkämpft. Die Tage des Kost- und Logiszwanges mit ihrer größeren Bindung sind gezählt. Der Dienstbote dagegen steht zur Dienstherrschaft noch immer in einem sogenannten „patriarchalischen“ Verhältnis, das in Wirklichkeit mehr ein slavisches Unteränigkeitsverhältnis ist. Ja, in mancher Beziehung war der Sklave des Altertums besser daran als der Dienstbote von heute. Es bedeutete für den Herrn eine Einbuße an Vermögen, wenn ihm durch schlechte Ernährung oder Behandlung einer seiner Sklaven zugrunde ging. Dieses Risiko ist heute für die Dienstherrschaft im Wegfall gekommen. Der kranke oder schwächliche Dienstbote wird entlassen. Auch rechtlich sind die Dienenden nicht den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt. Sie unterstehen immer noch der durch die Entwicklung längst überholten mittelalterlichen Gesindeordnung. Der Dienstbote gilt daher in den Augen mancher Herrschaften als vogelfrei, als Spielball ihrer Willkür und Härte. Es sei hier nur ein Fall von vielen angeführt. In Fürth hat ein Metzgermeister sein sechzehnjähriges Dienstmädchen in der barbarischsten Weise mißhandelt. Er wurde dafür vor dem Schöffengericht zur Verantwortung gezogen. Der Mann wählte, als Dienstherr habe er nur sein gutes Recht ausgeübt, als er das Dienstmädchen züchtigte. Was aber hatte er als sein „gutes Recht“ betrachtet? Der Wüterich hatte mit einem Ochsenziemer das Mädchen, das noch ein halbes Kind ist, blutig geprügelt, ihm ein Waschbecken voll eiskaltes Wasser über den Kopf gegossen und das Mädchen dann ins Haus eingeschlossen, damit es niemand sein Leid klagen konnte. Der Herr fand das alles in der Ordnung. Das Gericht war zwar nicht seiner Meinung, allein 6 M. Geldstrafe ist wohl keineswegs dazu angetan, ihn und andere Dienstherrn seiner Art zu bekehren. Unfere Rechtsprechung trägt das Schandmal der Klassen-

justiz, und das tritt gerade deutlich zutage, wenn es vor Gericht um Dienstbotenverhältnisse geht. Die Herrschenden erblicken eben in den Dienenden nicht freie, gleichberechtigte Menschen. Die soziale und rechtliche Stellung der Dienstboten wird sich erst heben, wenn auch sie wie die gewerblichen Arbeiter ihre klassenbewußte Organisation — den Hausangestelltenverband — stärken und gleich den denkenden anderen Proletariern die Umgestaltung des kapitalistischen Staates in eine sozialistische Gesellschaft erstreben. Nur auf dem Boden dieser Ordnung gedeiht Freiheit und Recht für alle Arbeitenden. G. Sch.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Über die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich hat die „Statistische Beilage des Correspondenzblatt“ Nr. 3 vom 27. April d. J. eine ausführliche Darstellung veröffentlicht, der die Ergebnisse der Berufszählungen von 1882, 1896 und 1907 zugrunde liegen. Mit großem Fleiß ist hier ein außerordentlich reiches Zahlenmaterial verarbeitet und in seiner Bedeutung für die gesellschaftliche Wirtschaft im Deutschen Reich gewürdigt worden. 10 Tabellen geben in Verbindung mit dem erläuternden Text ein Bild von der unaufhaltsamen Entwicklung, dem Umfang und der Art der erwerbstätigen Frauenarbeit, und das nicht bloß im allgemeinen für die großen Erwerbsgebiete, vielmehr auch für die einzelnen Berufsgruppen. Die Abhandlung untersucht die Frauenarbeit nach ihrem Anteil am gesamten Wirtschaftsleben im Deutschen Reich und in ihrem Verhältnis zur Männerarbeit. Sie zeigt die Zahl der selbstständigen und unselbstständigen weiblichen Erwerbstätigen und gibt Aufschluß über ihren Familienstand und ihren Anteil nach Altersgruppen usw. Kurz, sie beleuchtet sachkundig die verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen, die klar erkannt werden müssen, wenn man zu einem unbefangenen Urteil über die moderne Frauenarbeit als einer der charakteristischen Hügel der kapitalistischen Ordnung gelangen will. Nicht viele Abhandlungen, die sich als wissenschaftlich spreizen, können sich an Gründlichkeit, Gehalt und ehrlichem Ringen mit den Schwierigkeiten einer weiterverarbeiteten sozialen Erscheinung, mit dieser Studie einer ehemaligen Arbeiterin messen. Denn wir schreiben es mit freudiger Bemutigung nieder, daß die Verfasserin Genossin Gertrud Hanna ist, die Arbeiterinnensekretärin der Generalkommission unserer freien Gewerkschaften. So bedeutet die Arbeit — abgesehen von ihrem sachlichen Wert — einen jener Beweise von den reichen Kräften, die die sozialistische Arbeiterbewegung im Proletariat weckt und reißt. Die Studie dient in erster Linie einem praktischen Ziel. Sie soll genaue Kenntnis über die Zahl und Art der weiblichen Erwerbstätigen geben, die von den Gewerkschaften erfasst werden können und erfasst werden müssen. Indem sie jedoch dieses Ziel verfolgt, läßt sie die Entwicklung der kapitalistischen Güterzeugung selbst erkennen und die in ihr wirkenden Tendenzen. Ganz besonders ist dies der Fall, wenn man die Lehren der Arbeit im Lichte der wichtigsten Tatsachen betrachtet, die durch eine vorausgegangene ernste Abhandlung über die „Ergebnisse der Berufszählung vom 12. Juni 1907“ beleuchtet worden sind. (Nr. 8 der „Statistischen Beilage des Correspondenzblatt“ vom 20. November 1909.) Wir werden uns noch ausführlich mit dieser Abhandlung über die „Frauenerwerbsarbeit“ beschäftigen. Sie zu kennen, aus ihr zu lernen, ist für die gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossinnen eine Pflicht.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Mehr Schutz für die Arbeiterschaft in Sachsen-Koburg-Gotha. Nach dem Jahresbericht der Gewerbeinspektion für 1910 unterstanden in Sachsen-Koburg-Gotha 1064 Unternehmungen der Fabriksaufsicht. Seit 1901, wo es 468 revidionspflichtige Betriebe waren, hat sich ihre Zahl also mehr als verdoppelt. Man hätte darum auch längst für die beiden getrennt liegenden Herzogtümer Koburg und Gotha mindestens je einen Aufsichtsbeamten anstellen sollen, an Arbeit würde es nicht fehlen. Zur Zeit ist jedoch nur ein Beamter und eine Beamtin angestellt. Der Beamte erhält jährlich an Gehalt 4200 M., die Beamtin 2000 M. Insgesamt wendet dieser Bundesstaat für die Gewerbeinspektion im Jahre 6950 M. auf, Reise- und andere Unkosten eingeschlossen. Mit solch unzulänglichen Mitteln ist natürlich eine gründliche Arbeit so gut wie unmöglich. So wurden denn auch nur ein wenig mehr als die Hälfte der Betriebe revidiert. Im gemeinsamen Landtage wandten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten scharf gegen diese durchaus unzulängliche und äußerst mangelhafte Gewerbeaufsicht. Die Bureauarbeit, für die man einen Schreiber anstellen sollte, nimmt viel zu

viel Zeit in Anspruch. Auch muß der Herr Inspektor immer erst mit der Nase auf die offenkundigen Ungeheuerlichkeiten hingestochen werden. In zahlreichen Fällen waren unseren Abgeordneten grobe Mißstände und Gesetzesverletzungen bekannt, aber die Gewerbeinspektion kümmerte sich nicht darum. Soll diese unter der Herrschaft des Kapitals für die Arbeiter von Wert sein, so muß sie erst noch ausgebaut werden.

Im folgenden sollen vor allem die Ergebnisse über die Arbeit der Frauen, Jugendlichen und Kinder hervorgehoben werden. Von den 1064 Betrieben wurden im Jahre 1910 nur 552 revidiert. Es fanden insgesamt 678 Revisionen statt, in 107 Betrieben lehrte die Inspektion zwei- und mehrmal ein. Die meisten Revisionen, 174, hat die „Industrie der Steine und Erden“ aufzuweisen. 1909 waren 22088 Arbeiter und Arbeiterinnen der Gewerbeaufsicht unterstellt, 1910 dagegen 27382. Davon 20122 erwachsene männliche Arbeiter. Die übrige Zahl verteilt sich wie folgt: In 341 Betrieben wurden 4770 über 16 Jahr alte Arbeiterinnen beschäftigt; von ihnen waren 16 bis 21 Jahre alt 2367 und über 21 Jahre 2403. Jugendliche wurden in 550 Betrieben ausgebeutet, und zwar Kinder unter 14 Jahren 18, nämlich 10 Knaben und 8 Mädchen, solche von 14 bis 16 Jahren 2472, nämlich 977 weibliche und 1495 männliche. In den revidierten Betrieben waren beschäftigt 20208 Personen: Kinder unter 14 Jahren 11; Kinder von 14 bis 16 Jahren 1714, (863 weibliche und 851 männliche), Erwachsene 18483, (14182 männliche und 4301 weibliche).

Für 517 Betriebe mit 1722 Arbeitern sind gemäß § 120 e der Gewerbeordnung besondere Vorschriften des Bundesrats maßgebend. Auf sie entfallen im ganzen 8 Revisionen, die 20 Arbeiter umfaßten. Und doch hätten gerade diese 517 gefährlichen Betriebe alle untersucht werden müssen, um festzustellen, ob die besonderen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter eingehalten werden. Aber damit dürfte es schlimm stehen, wie schon die Verstöße gegen das Gesetz beweisen, die in gewöhnlichen Betrieben ermittelt wurden. Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterinnenschutzgesetze wurden in 54 Betrieben festgestellt. 600 Arbeiterinnen waren länger als gesetzlich zulässig beschäftigt worden, und das, obgleich die Behörden den Unternehmern mit der Bewilligung von Überstunden in der größtmöglichen Weise entgegengekommen sind. Mit ihrer Zustimmung haben in 45 Betrieben 1626 Arbeiterinnen 47510 Überstunden, und zwar täglich bis über 2 Stunden, geleistet; außerdem in 32 Betrieben 224 Arbeiterinnen an Sonntagen bis zu je 3 Stunden 1821 Überstunden. An Sonntagen endlich wurden in 43 Betrieben von 1328 Arbeiterinnen 84434 Überstunden gemacht. Nur ein einziges diesbezügliches Gesuch der Unternehmer wies die zuständige Behörde zurück. 30mal fehlten in revidierten Betrieben die vorgeschriebenen Anhänge.

In 14 Betrieben mit 53 Jugendlichen wurden Übertretungen der regelmäßigen Dauer der Beschäftigung ermittelt. In 5 Betrieben mußten 8 Kinder ganz von der Arbeit ausgeschlossen werden. Wegen zu langer Beschäftigung von Kindern erfolgten 4, wegen Beschäftigung ohne Anmeldung und Arbeitskarte 9 und wegen Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren 3 Bestrafungen. Abschreckend können aber die verhängten Geldstrafen von 1 bis 15 Mk. auf die Ausbeuter wahrlich nicht wirken. In einer Ziegelei wurden 4 noch schulpflichtige Kinder beim Abtragen von Ziegeln angetroffen. Der Ziegeleibesitzer und der betreffende Ziegeleistreicher wurde zu je 3 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es gibt noch milde Richter!

Unfallanzeigen liefen im Betriebsjahr 875 ein gegen 820 im Vorjahr. 57 Unfälle betrafen jugendliche männliche und 8 jugendliche weibliche Arbeiter. 5 Unfälle hatten unmittelbar den Tod zur Folge. Auf die Beschäftigung an Maschinen waren 10,5 Prozent der Unfälle zurückzuführen. Und das hauptsächlich der Mangel an vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen die Ursache dieser letzteren Unfälle war, beweist der Umstand, daß die Gewerbeinspektion in zahlreichen Fällen die Anbringung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen anordnen mußte. So birgt der Bericht eine Fülle von Material für den Kampf um eine wirksame Sozialpolitik. Er läßt klar erkennen, wie unzulänglich die Gesellschaft die arbeitenden Männer und Frauen und ihre Kinder schützt, und beweist auch, wie selbst dieser kärgliche Schutz von den Ausbeutern frech in den Boden getreten wird.

Soziale Gesetzgebung.

Der Heimarbeiterinnenschutz in Frankreich. Die Arbeitskommission der französischen Deputiertenkammer berät zurzeit die Vorlage über die Regelung der Lohnverhältnisse der Heimarbeiterinnen, die im Bekleidungsgerwerbe tätig sind. Nach dem Bericht zur Begründung der Vorlage wies die Bählung von 1906 nicht

weniger als 1230000 Arbeiterinnen des Bekleidungsgerwerbes aus. Von ihnen arbeiteten 880000 in Werkstätten, 850000 aber zu Hause, ohne jeden gesetzlichen Schutz in bezug auf Arbeitszeit und Hygiene, isoliert und ohne die Möglichkeit einer Vereinigung zum Schutze ihrer Interessen. — Eine solche Vereinigung fehlt übrigens auch unter den französischen Werkstättenarbeiterinnen gänzlich. — Es heißt im Bericht von der Lage dieser Arbeiterinnen: „Die Not zwingt sie, sich den bestehenden Mißbräuchen zu fügen und durch Überarbeit die Unzulänglichkeit der ihnen angewiesenen Lohnsätze auszugleichen. Zudem sie Arbeiten übernehmen, die sie allein in der vorgesehenen Zeit zu vollenden nicht imstande sind, sehen sie sich gezwungen, ihrerseits auszubeuten, sei es andere Arbeiterinnen oder ihre eigene Familie. Da sie für sich fast gar keine freie Zeit haben, so vernachlässigen sie selbst die allernotwendigsten hygienischen Bedürfnisse.“ Der Bericht weist mit Berufung auf die vom Arbeitsamt vorgenommene Erhebung auf die Unterbietung der Löhne hin. Er erklärt aber, man müsse einschränkende Maßregeln vermeiden, die das Verschwinden der Heimarbeiter zur Folge haben würden. Unter den Heimarbeiterinnen gebe es einen beträchtlichen Verhältnissatz unqualifizierter, denen die Werkstättenarbeit versagt sei. (?) Weiter seien häufig qualifizierte Arbeiterinnen durch ihre Tätigkeit in der Familie, durch Alter oder Krankheit verhindert, ihre Wohnung zu verlassen.

Die Hauptbestimmungen des Gesetzentwurfes der Kommission sind die folgenden: Artikel 32a: Keine weibliche Person, die zu Hause Arbeiten für das Bekleidungsgerwerbe ausführt, darf eine Entlohnung erhalten, die geringer ist als der gewöhnliche Lohn einer in demselben Bezirk im Tag- oder Stundenlohn arbeitenden unqualifizierten Arbeiterin. — Artikel 32b: Der für Heimarbeiter angewendete Stücklohn soll so bemessen werden, daß er einer Arbeiterin von mittlerer Geschicklichkeit ermöglicht, in 10 Stunden einen Lohn zu verdienen, der dem im Artikel 32a bestimmten Taglohn entspricht. — Artikel 32c: Jeder Fabrikant, Kommissionär oder Zwischenunternehmer, der Heimarbeiten machen läßt, ist verpflichtet, ein Register zu führen, das den Namen und die Adresse aller dort beschäftigten Arbeiterinnen enthält. — Die Feststellung der Löhne wird den Gewerbegerichten übertragen, nicht wie in England besonderen Lohnämtern. Um ihnen die Arbeit zu erleichtern, können die Arbeitsräte von Amtswegen oder auf Verlangen der Regierung eine Tabelle der Zeit- und Stücklöhne ausarbeiten, die in ihrem Bezirk in den in Betracht kommenden Bezirken üblich sind. Fehlen solche Feststellungen, so können die Gewerbegerichte Untersuchungen mit oder ohne Zuziehung von Sachverständigen anstellen.

Die französischen Ausbeuter weisen in ihrer Beschränktheit und Prostitution diese sicherlich bescheidene Reform zurück. Die Syndikatskammern der Unternehmer des Bekleidungsgerwerbes erheben dagegen Einspruch im Namen der „Rechte, die einem Industriechef zukommen“, und im Namen der — „Gerechtigkeit“, die durch die Vorlage bedroht sein soll. Ihre Hoffnung setzen sie auf den Senat, wo die Väter des sozialpolitischen Rückschritts beisammenstehen. Es wäre natürlich von außerordentlichem Wert, wenn eine starke Gewerkschaftsbewegung die faulen oder widerwilligen Gesetzgeber vorantriebe. Aber leider fehlt nicht nur jede Organisation der von der Vorlage erfaßten Arbeiterinnen, sondern noch schlimmer ist, in den Gewerkschaften der Arbeitslohnföderation haben die Syndikalisten die Mehrheit, die in doktrinäer Verbohrtheit den gesetzlichen Arbeiterschutz geringschätzen oder gar bekämpfen. Daß aber den wehrlosen Heimarbeiterinnen mit der alleinseligmachenden „direkten Aktion“ nicht gedient ist, liegt auf der Hand.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der sozialistischen Agitations- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat Belgiens hat der 27. Jahreskongress der „Arbeiterpartei“ zu Brüssel seine Aufmerksamkeit zugewendet. Genosse Vanderbelde trat im Anschluß an den Bericht des Generalsekretärs der Partei mit trefflichen Gründen und eindringlicher Beredsamkeit dafür ein, daß eine besondere Forderung der sozialistischen Frauenbewegung geschaffen werde. Er meinte, es sei die höchste Zeit, daß die Partei endlich mit Ernst und Eifer daran gehe, die Frauen aufzuklären und zu organisieren. Demnächst werden sich die Frauen in Belgien zum ersten Male an den Gewerbegerichtswahlen beteiligen. Auch in anderen europäischen Ländern gewinnt die Tendenz an Boden, den Frauen politische Rechte zu verleihen. Früher oder später wird auch in Belgien das Frauenwahlrecht kommen. Soll damit die sozialistische Partei nicht schwere Enttäuschungen erleben, so muß sie heizigen durch die Aufklärung und Organisation der Frauen vorforgen. In dem gleichen Sinne sprach Genossin

Lillemans, die seit vielen Jahren eine Predigerin in der Wüste geblieben ist, ohne den Mut zur Arbeit zu verlieren und ohne in ihrem Glauben erschüttert zu werden, daß die Arbeiterpartei auch in Belgien die Proletarierinnen um das Banner des Sozialismus führen müsse. Wie früher schon, so trat sie auch jetzt wieder für die Errichtung eines Frauensekretariats ein, das die agitatorische und organisatorische Tätigkeit unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen anregen und leiten soll. Sie empfahl die Einsetzung einer Kommission, die über die Frage beraten und dem nächsten Kongress darüber Bericht erstatten soll. Der Parteisekretär Wandersmissen unterstützte den Vorschlag und brachte eine ihm entsprechende Resolution ein, die zur Annahme gelangte. Genosse Wandersmissen hatte dargelegt, daß ohne ein Frauensekretariat die Organisierung der Proletarierinnen keine kräftigen, dauernden Fortschritte machen könne.

Die Jahresversammlung des Frauenverbandes der norwegischen Arbeiterpartei hat im Anschluß an den Parteikongress zu Ostern in Stavanger getagt. 30 Delegierte einzelner Ortsvereine nahmen an ihr teil. Der Verband ist aus dem Sozialdemokratischen Frauenverein zu Kristiania herausgewachsen und arbeitet auf politischem Gebiet Hand in Hand mit der Arbeiterpartei, auf wirtschaftlichem mit den Gewerkschaften, und hat in den letzten Jahren gute Erfolge erzielt. Die Tagung beschäftigte sich mit der Frage der sozialistischen Sonntagschulen, die der Verminderung der Kinder entgegenarbeiten und diese mit sozialistischem Geiste erfüllen sollen. Sie beschloß, daß der Arbeitsausschuß des Verbandes zunächst Untersuchungen über die Methode anzustellen habe, nach der in den bestehenden sozialistischen Sonntagschulen gelehrt wird. Die Ergebnisse der Umfrage sind den einzelnen Ortsvereinen mitzuteilen, die dann zusammen mit den lokalen Parteiorganisationen der Errichtung von Sonntagschulen näher treten sollen. Zur Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder wies die Versammlung dem Verband die Aufgabe zu, für das Verbot jeglicher Lohnarbeit schulpflichtiger Kinder zu wirken. Die Beschäftigung mit der Lage der außerhäuslichen Kinder und ihrer Mütter machte ein Gesetzentwurf notwendig, der die einschlägigen Verhältnisse bessern soll und schon seit 1909 seiner Erledigung wartet. Die Delegierten sprachen sich im Sinne durchgreifender Reformen für Mutter und Kind aus und befristeten namentlich, daß das Gesetz für die ganze Dauer der Erziehung den nötigen Beitrag sichert, wie dies ein Gesetz in Dänemark seit 1909 annähernd tut. Die Jahresversammlung schloß sich dem Protest bürgerlicher Frauen gegen die übliche Praxis an, daß die Frauen — entgegen dem ihnen zustehenden Rechte, als Schöffen oder Laienrichter zu fungieren — von der Aburteilung über Sittlichkeitsverbrechen grundsätzlich ausgeschlossen werden, obgleich fast immer Frauen und Kinder die Opfer sind. Die Tagung bekundete den Geist sozialistischer Solidarität, indem sie gegen die Plottenpläne der Regierung protestierte, die Kornwegen 16½ Millionen Kronen kosten sollen. Zur bevorstehenden Storting wahl forderte Genossin Thnaes jede Sozialdemokratin auf, ihre Pflicht zu tun, die Frauen aufzurütteln, die sozialistischen Lehren zu verbreiten und für die männlichen wie weiblichen Kandidaten der Arbeiterpartei Stimmen zu werben. Die gewerkschaftlichen und die genossenschaftlichen Organisationen sollen durch den Verband gefördert werden. Mangelnde Geldmittel zwangen zur Ablehnung der Anträge, eine besoldete Agitatorin für den Verband anzustellen und sein Organ „Kvinden“ (Die Frau) stößt monatlich vierzehntägig erscheinen zu lassen. Die Jahresversammlung wählte als Vorsitzende des Verbandes Genossin Thnaes, als Geschäftsführerin Genossin Ritteberg, als internationale Korrespondentin Genossin Nissen und als ihre Stellvertreterin Genossin Øjstein.

Frauenstimmrecht.

Sozialistische Frauenkandidaturen in Paris. Wie schon bei den Kommunalwahlen hat die geeinigte sozialistische Partei Frankreichs auch bei dem am 5. Mai vorgenommenen Gemeindevahlen als Demonstration für das Frauenwahlrecht Frauen als Kandidatinnen aufgestellt. Im Odeonviertel, das eine aus reichen Bourgeois, Kleinbürgern und Intellektuellen zusammengesetzte Wohnerschaft hat, erhielt Genossin Elisabeth Renault 519 gegen 2066 reaktionäre Stimmen. Im Viertel St. Thomas d'Aquin, dessen Wählerchaft ungefähr die gleichen gesellschaftlichen Schichten umfaßt, erhielt Genossin Dr. Madeleine Pelletier 250 von 3610 abgegebenen Stimmen. O. P.

Noch kein politisches Frauenwahlrecht in Schweden, das ist das Ergebnis der parlamentarischen Behandlung der Regierungsvorlage, die die Erneuerung enthielt. In der Zweiten Kammer hatte die Reform nach langen Debatten eine starke Mehrheit auf sich vereinigt, nämlich 140 gegen 66 Stimmen. Die Erste Kammer verwarf jedoch die Regierungsvorlage mit 88 gegen 58 Stimmen. Auch hier ging der Entscheidung eine lange Redeschlacht voraus. Nach den Bestimmungen der schwedischen Verfassung ist die Regierungsvorlage gescheitert. Jedoch die reaktionäre Mehrheit, die sie zu Fall gebracht hat, ist nicht besonders groß. Trotz allem darf daher die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Schweden in naher Zukunft erwartet werden. Übrigens zeigt der Ausgang der Beratungen wieder einmal den Zweck des Zweikammersystems: den Fortschritt zu hemmen.

Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Italien ist vom Parlament gegen 43 — nach anderer Lesart gegen 47 — Stimmen abgelehnt worden. Ziehen wir von diesen Stimmen die der Sozialisten ab, so bleiben nicht viel bürgerliche Abgeordnete übrig, die sich für das Frauenwahlrecht erklärt haben. Zu diesen weisen Raben gehört der frühere Minister Sonnino. Der Ministerpräsident Giolitti hatte im Namen der Regierung das politische Frauenwahlrecht mit einer ebenso bequemen als nichtsagenden Handbewegung als eine „sehr ernste Frage“ beiseite geschoben. Die Mehrheit der Kammer unterstrich den „Ernst“ dieser Erklärung mit der üblichen unbändigen Heiterkeit. Alle bürgerlichen Redner, die die Frage des Frauenwahlrechts berührten, blieben mit ihren Ausführungen an der Oberfläche der Dinge haften. Genosse Turati drang dagegen in den Kern der Sache ein und gab eine tüchtige Verteidigung des Frauenwahlrechts. Auch Genosse Treves befürwortete warm die politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Da nach Giolittis Erklärung die Regierung über die Frage des kommunalen Frauenwahlrechts mit sich reden lassen will, hat die sozialdemokratische Fraktion sofort zum § 13 des vorliegenden Gesetzentwurfs ein Amendement eingebracht, das zunächst das allgemeine kommunale Frauenwahlrecht fordert. Es wird sich zeigen, ob die Regierung nicht bloß den Mund spizen, sondern auch pfeifen kann.

Verschiedenes.

Von der stillen Tätigkeit der Frau im Hause. Der Kaiser, der Nachfahren und politische Betätigung für unweiblich hält, hat eine seiner Schwiegertöchter zum Chefhhaber des Kolmarer Dragonerregiments Nr. 14 ernannt. Zu einer Zeit, da kaiserlicher Hohn die Verfassung der Reichslande in Scherben zu schlagen droht, gewiß ein um so höher zu schätzender Beweis kaiserlicher Gnade für die Eläser. Werden sie doch bei der Parade den Chefhhaber hoch zu Ross in buntem Rock und Helm bewundern können, während ihnen sonst der Anblick so maskierter Damen nur im Zirkus geboten wird.

Die Verwüstung der Volksgesundheit durch den Kapitalismus beleuchtete auf dem bürgerlichen Frauenkongress Frau Dr. Kempf-München. Ihre Ausführungen über die Verhältnisse der selbständigen Bauern in Bayern brachten eine treffende Schilderung, wie durch die Molkereigenossenschaften die Bauernhöfe von Milch und Milchprodukten entblößt werden. Die Bauern verkaufen diese gegen bares Geld an die Molkereien. Das hat verschiedene Folgen. Die Milchwirtschaft gehörte zu den Obliegenheiten der Bäuerin, und ihr Ertrag floß in deren Tasche. Nun ist die Frau ganz ohne Voreinnahme und wirtschaftlich völlig abhängig vom Manne. Weiter bleibt für die Nahrung der Familie nichts zurück, weil alles verkauft wird. An Stelle der Milchmahlung treten schlechte Ersatzmittel. Diese Feststellungen von Frau Dr. Kempf decken sich vollständig mit dem Generalbericht der bayerischen Sanitätsverwaltung für 1908/09. Hier heißt es: „Infolge der Molkereien schwinde der Verbrauch von Milch und Milchprodukten immer mehr aus den kleinen Haushaltungen; die Folge sei Unterernährung. An Stelle der früheren Milchsuppen trete als Zwischenmaßzeit der Alkoholkonsum. In Oberbayern wie in rein industriellen Gegenden gibt man kleinen Kindern heißes Wasser mit Alkohol vermischt als Morgengetränk.“ Das sind Beobachtungen, die auch in anderen Kleinbäuerlichen Gegenden gemacht worden sind. So zum Beispiel in Würtemberg. So vernichtet die kapitalistische Wirtschaft auch den „Jungbrunnen des deutschen Volkes“, wie die Agrarier kürzlich im Reichstag die Landbevölkerung nannten. m. w.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Jettin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. B. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.